Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Bürscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 277 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Freitag, 25. November 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Hindenburg lehnt Hitlers Vorschlag ab

Der Briefwechsel zwischen Meißner und Hitler - Der Zentrumsführer Kaas bei Hindenburg - Heute Fortsetzung der Besprechungen

Amtlich wird aus Berlin, 24. Nov., berichtet:

„In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung zu führen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaube, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, den Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Die Einzelheiten der Verhandlungen der letzten Tage ergeben sich aus dem Schriftwechsel, der im Wortlaut im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden wird."

Der Briefwechsel

Das Wolffbüro verbreitet dann folgende Darlegungen:

In der Unterredung, die am Sonnabend, 19. November, zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler stattfand, erklärte Hitler, daß er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stände. Ferner gäb er der Erwartung Ausdruck, daß er in Besprechungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstage bekommen werde. Daher fühlte sich der Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen.

Die erste formulierte Erklärung des Reichspräsidenten

Bei seiner zweiten Besprechung am Montag, 21. November, vormittags, übergab der Reichspräsident daher Adolf Hitler die folgende formulierte Erklärung:

„Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts vertrete. Ich verstehe unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Manne geführt wird, und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb ersuche ich Sie als den Führer der stärksten Partei, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden ... Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstag abend."

Auf Anfrage Hitlers stellte der Reichspräsident folgende Voraussetzungen fest für eine Regierungs- und Mehrheitsbildung, die er Herrn Hitler schriftlich formuliert übergab:

1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms. Keine Wiederkehr des Dualismus Reich—Preußen und keine Einschränkung des Artikels 48.
2. Persönlich behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrechtlicher Vertreter des Reiches und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung."

Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen mit der Erklärung, seine Antwort dem Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.

Hitlers Rückfragen

In einem Schreiben an den Staatssekretär Dr. Meißner vom gleichen Tage stellte Hitler einige Rückfragen. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

„Berlin, den 21. Nov. 1932.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Erfüllt von der großen Verantwortung in dieser schweren Zeit habe ich eine gründliche Durchprüfung des mir heute vom dem Herrn Reichspräsidenten zugestellten Auftrages vorgenommen. Nach eingehenden Aussprachen mit führenden Männern meiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens bin ich dabei zunächst zu folgendem Ergebnis gekommen:

Ein Vergleich der beiden Schriftstücke des mir gewordenen Auftrages einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen andererseits ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir unlösbar erscheinenden Widerspruch. Ehe ich dazu Stellung nehme, und davon meine endgültige Entscheidung abhängig mache, darf ich Sie, Herr Staatssekretär, bitten, die Ansicht des Herrn Reichspräsidenten festzustellen und mir mitzuteilen, welche Regierungsform der Herr Reichspräsident wünscht und in diesem Falle im Auge hat. Schwebt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Sicherstellung der verfassungsmäßig notwendigen parlamentarischen Tolerierung, oder will seine Exzellenz ein parlamentarisches Kabinett mit Vorbehalten und Einschränkungen der mir bekannt gegebenen Art, die ihrem ganzen Wesen nach nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit versprochen werden können. Sie werden, Herr Staatssekretär, bei einem kritischen Vergleich der beiden Dokumente unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen, der verfassungsmäßigen Stellung und damit Verantwortung einer parlamentarischen Regierung die Wichtigkeit dieser grundsätzlichen Klärung von selbst erkennen. Hinzufügen möchte ich noch, daß Herr Reichskanzler Brüning einer der parteipolitischen Führer des Zentrums war und geblieben ist und dennoch in seinem zweiten Kabinett Präsidialkanzler wurde. Ich habe mich selbst nicht als „Parteiführer" gefühlt, sondern einfach als Deutscher, und nur um Deutschland vom Druck des Marxismus zu erlösen, gründete und organisierte ich eine Bewegung, die weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus lebt und wirksam wird. Daß wir in die Parlamente gingen hat seinen Grund nur in der Verfassung, die uns zwang, diesen legalen Weg zu beschreiten. Ich selbst aber habe mich bewußt von jeder parlamentarischen Tätigkeit ferngehalten. Der Unterschied zwischen meiner und der Auffassung des Kabinetts von Papen über die Möglichkeit einer autoritären Staatsführung liegt nur bei der Voraussetzung, daß sie eine Verankerung im Volke besitzt. Dies im Interesse der deutschen Nation gesetzmäßig hierbeizuführen, ist mein sehnlicher Wunsch und mein vornehmstes Ziel.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. Adolf Hitler."

Dr. Meißners Beantwortung der Rückfragen

Staatssekretär Dr. Meißner beantwortete am

Kampfansage durch Goering

In Hitlers Namen vor der Presse

Reichstagspräsident Goering (NSDAP) empfing gestern abend Vertreter der in- und ausländischen Presse, um als politischer Beauftragter Adolf Hitlers den Standpunkt der nationalsozialistischen Führung zu der jetzt gegebenen Situation darzulegen. Er sagte, vor dem 20. September hätten sich bessere Aussichten einer Mehrheitsbildung ergeben als jetzt. Damals aber sei der Auftrag nicht erteilt worden, während der Reichspräsident jetzt eine Mehrheitsbildung verlangt habe. Daraus ergebe sich die Frage, wieweit wirklich die ernste Absicht bestanden habe, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden, oder ob es nicht darauf angekommen sei, die Unmöglichkeit der parlamentarischen Mehrheitsbildung festzustellen, um damit den Grund für die Erklärung eines Notstandes und die Neubildung eines Präsidialkabinetts zu haben.

Die Stellung eines neuen Kabinetts Papen sei durch den Ausgang dieser Verhandlungen erleichtert worden, Goering bestritt, daß Hitler und die übrigen Parteiführer die Vorbehalte des Reichspräsidenten bereits grundsätzlich anerkannt hätten. Wenn man z. B. Klarheit darüber geschaffen hätte, wie es mit dem Standpunkt des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei in der Frage des Dualismus zwischen Reich und Preußen stehe, so hätte sich feststellen lassen, daß beide Parteien niemals damit einverstanden gewesen wären, den Posten des preußischen Ministerpräsidenten und den des Reichskanzlers auf eine Person zu vereinigen.

Reichstagspräsident Goering wandte sich weiter dagegen, daß Adolf Hitler nicht der volle und freie Auftrag zur Bildung eines Mehrheitskabinetts gegeben worden sei, der sie allein möglich gemacht haben würde. Zum Schluß erklärte Präsident Goering, dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung sei die Vollmacht versagt worden, die bisher bei jeder anderen Kabinettsbildung erteilt worden sei. Außerdem habe der Reichspräsident gegenüber Adolf Hitler durchblicken lassen, daß das persönliche Vertrauensverhältnis nicht gegeben sei. Bei dem Abschluß der Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler sei die Tür noch nicht vollkommen zugeschlagen. Jedes andere Kabinett aber werde von der NSDAP ebenso scharf bekämpft werden, wie das Kabinett Papen.

Kaas will versuchen, was Hitler mißlang

Nur Prälat Kaas gestern beim Reichspräsidenten

Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler persönlich nur den Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas, zu einer Aussprache über die Mehrheitsbildung im Reichstag empfangen, während die Abg. Hugenberg, Dingeldey und Schäffer zur Entlastung des Reichspräsidenten vom Staatssekretär Dr. Meißner über den Stand der Dinge unterrichtet worden sind.

Wie von Zentrumsseite verlautet, will nun Kaas die Bildung eines Kabinetts der nationalen Konzentration versuchen.

Besprechung Hitler-Hugenberg

Die Pressestelle der NSDAP teilt mit: Nach vielen Monaten hat neben Besprechungen mit den Führern anderer Parteien heute auch wieder eine Besprechung Adolf Hitlers mit dem Führer der DNVP, Geheimrat Hugenberg, stattgefunden.

Streiflichter ...

Der Empfang des Prälaten Kaas beim Reichspräsidenten. — Was wird weiter?

Der wichtigste der Parteiführerempfänge des gestrigen Abends war naturgemäß die Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Prälaten Kaas als dem Führer der nach den Nationalsozialisten größten Reichstagsfraktion, die für die Möglichkeiten einer parlamentarischen Mehrheitsbildung in erster Linie in Frage kommt. Es ist deshalb auch anzunehmen, daß der Reichspräsident den Prälaten Kaas gefragt hat, ob er noch irgendwelche Möglichkeiten zu einer solchen Mehrheitsbildung sehe. Daß Prälat Kaas diese Frage nicht absolut verneint hat, geht schon daraus hervor, daß er heute nachmittag erneut vom Reichspräsidenten empfangen werden wird. Inzwischen dürfte er sich mit seinen Parteifreunden und auch mit den übrigen in Frage kommenden Parteiführern in Verbindung setzen, um festzustellen, ob vielleicht von der Seite des Zentrums her noch eine Mehrheitsbildung möglich ist. Auch in führenden Kreisen des Zentrums wird bedauert, daß Adolf Hitler über den formalen die sachlichen Möglichkeiten der Mehrheitsbildung nicht ausgeschöpft hat; diese Aufgabe fällt nun dem Prälaten Kaas zu. Nachdem der Standpunkt Hitlers jetzt genau bekannt ist und die politische Situation durch den Ausgang der Verhandlungen mit ihm ohnehin wieder eine Verschärfung erfahren hat, werden die Aussichten einer Mehrheitsbildung unter führender Mitwirkung des Zentrums in politischen Kreisen natürlich keineswegs sehr hoffnungsvoll beurteilt. Umsomehr zeigt der Empfang des Prälaten Kaas, wie ernst der Reichspräsident bemüht ist, auch die letzten Möglichkeiten einer parlamentarischen Lösung durchzuprüfen. Die Frage, was werden wird, wenn diese Bemühungen negativ ausgehen, ist vorläufig nur Kombinationsstoff. In politischen Kreisen rechnet man für diesen Fall in erster Linie mit der Wiederkehr eines umgebildeten Kabinetts unter Führung des bisherigen Reichskanzlers. Man kann aber nur die Entscheidung des Reichspräsidenten abwarten, die voraussichtlich noch für Ende der Woche zu erwarten ist.

Parteien zur Lage

Die Bayerische Volkspartei über den Ausgang der Verhandlungen mit Hitler

Ueber den Ausgang der Verhandlungen zur Ueberwindung der Regierungskrise schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, die Bayerische Volkspartei wäre bereit gewesen, selbst die schwersten Opfer als Partei zu bringen, um dem Gedanken einer nationalen Konzentration zum Siege zu verhelfen. Wenn sich der Reichspräsident hätte entschließen können, Hitler als seinen Vertrauensmann mit der Führung eines Kabinetts zu betrauen, das eine arbeitsfähige Mehrheit hinter sich gesammelt hätte, so wäre eine solche Lösung sicherlich nicht an der Bayerischen Volkspartei gescheitert, obwohl Hitler niemals zu einem Mann des Vertrauens der Bayerischen Volkspartei werden könne. Die Bayerische Volkspartei hätte Hitler unter bestimmten Voraussetzungen nicht die Möglichkeit genommen, zu zeigen, ob er gewillt oder fähig sei, eine dem Vaterland und allen Ständen gleich ersprießliche Politik zu machen.

Mehr als eine bemessene Bewährungszeit hätte allerdings ein von Hitler geführtes Kabinett nicht beanspruchen können.

Die Deutsche Volkspartei zur Lage

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei nahm in seiner gestrigen Sitzung den Bericht des Parteiführers, Abgeordneten Dingeldey, über die Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten und verschiedenen politischen Persönlichkeiten entgegen und hat dann zur politischen Lage folgendes beschlossen:

Die Deutsche Volkspartei war und ist angesichts der ernsten Lage des Vaterlandes bereit, mit allem Ernst und ohne parteipolitische Engherzigkeit für eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen nationalen Kräfte zu wirken. Sie dankt dem Herrn Reichspräsidenten dafür, daß er im gleichen Sinne seine Bemühungen bis zur äußersten Grenze eingesetzt hat. Die DVP verurteilt die Ablehnung des nationalsozialistischen Führers umsomehr, als er auch nicht den geringsten Versuch einer sachlichen politischen Verständigung mit anderen Parteiführern gemacht hat. Die Deutsche Volkspartei wird dem Herrn Reichspräsidenten in treuer Verbundenheit bei seinen weiteren Entscheidungen folgen.

Dienstag, 22. November, die Fragen. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„22. November 1932.

Sehr verehrter Herr Hitler!

Auf Ihr gestriges Schreiben beehre ich mich im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

Der Herr Reichspräsident sieht den Unterschied zwischen einem Präsidialkabinett und einer parlamentarischen Regierung in folgenden Merkmalen:

1. Das Präsidialkabinett — aus der Not der Zeit und dem Versagen des Parlaments geboren — wird in der Regel die notwendigen Regierungsmaßnahmen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es bezieht seine Machtvollkommenheiten also in erster Linie vom Reichspräsidenten und braucht die Parlamente im allgemeinen nur zum Sanktionieren oder Tolerieren dieser Maßnahmen. Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann.

2. Das Präsidialkabinett muß überparteilich geführt und zusammengesetzt sein und ein vom Reichspräsidenten gut geheißenes überparteiliches Programm verfolgen. Eine parlamentarische Regierung wird in der Regel von dem Führer einer der für eine Mehrheits- oder Koalitionsbildung in Frage kommenden Parteien und aus Mitgliedern dieser Parteien gebildet und verfolgt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur mittelbaren Einfluß hat. Hiernach kann ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer die Ausschließlichkeit seiner Bewegung fördernden Partei, nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein.

3. Reichskanzler Brüning hat bei seiner ersten Berufung auch ein ausgesprochen parlamentarisches auf die Parteien gestütztes Kabinett gebildet, das sich erst allmählich zu einer Art Präsidialkabinett verwandelt hat, als der Reichstag bei der Gesetzgebung versagte, und Herr Brüning sich das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten in weitestem Maße erworben hat. Auf ähnlichem Wege könnte naturgemäß auch eine von Ihnen geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit sich zum Präsidialkabinett wandeln.

4. Das Kabinett Papen war ein reines Präsidialkabinett, das nur zurückgetreten ist, weil es eine Mehrheit im Parlament zur Bestätigung oder zur Billigung seiner Maßnahmen nicht finden konnte. Ein neues Präsidialkabinett wäre also nur dann eine Verbesserung, wenn es diesen Mangel beseitigen könnte und gleichzeitig die Eigenschaften des Kabinetts Papen besäße.

Nach diesen Ausführungen kann es sich bei dem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten an Sie, sehr verehrter Herr Hitler, nur um die Bildung eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts handeln. Der Herr Reichspräsident hat sich zu diesem Versuch entschlossen, nachdem seine Besprechung mit den Parteiführern die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheit im Reichstag für ein von Ihnen geführtes Kabinett ergeben und Sie selbst in der Besprechung am 19. 11. die Schaffung einer Mehrheit für eine von Ihnen gebildete Regierung und für ein dieser zu erteilendes Ermächtigungsgesetz des Reichstages für aussichtsreich gehalten haben. Die von dem Herrn Reichspräsidenten Ihnen auf Ihre Frage mitgeteilten „Voraussetzungen für eine solche Regierungsbildung stehen mit einer parlamentarischen Lösung nicht im Widerspruch. Der Herr Reichspräsident hat in Festhaltung der der von seinem Amtsvorgänger wie auch von Ihnen stets ausgeübte Staatspraxis bisher jedem Kabinett gewisse grundsätzliche Forderungen auferlegt. Im übrigen haben auch die Besprechungen des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern erkennen lassen, daß gegen diese Forderungen grundsätzliche Widerstände nicht bestehen. Falls indessen eine der Ihnen bekanntgegebenen Voraussetzungen des Herrn Reichspräsidenten für die Regierungsbildung nicht als entscheidendes Hindernis zur Erreichung einer sicheren Mehrheit erweisen sollten, so würde das Gegenstand der erbetenen Berichterstattung über den Erfolg Ihrer Feststellungen sein."

Hitlers Rückäußerung und Gegenvorschlag

Auf dieses Schreiben antwortete Hitler am 23. November u. a. folgendes:

Die Behauptung, daß das Präsidialkabinett überparteilicher sein könnte als ein parlamentarisches, widerlegt sich 1. aus der Art des Werdens eines solchen Kabinetts und 2. aus der Begrenzung seiner Arbeitsfähigkeit sowohl als auch aus der dabei angewandten Methode. Wenn ein Präsidialkabinett mit dem Artikel 48 zu regieren gezwungen ist, dann benötigt es die nachträgliche Billigung einer parlamentarischen Mehrheit. Damit ist es genau so abhängig von einer Parteimehrheit wie auch das parlamentarische Kabinett. Damit muß der ein solches Kabinett führende Staatsmann genau so das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages besitzen oder erobern, als er selbstverständlich das Vertrauen des Reichspräsidenten benötigt.

Ob ein Regierungsprogramm parteilich oder überparteilich erscheint, spielt keine Rolle. Wesentlich hingegen ist, daß es richtig ist und daß es zum Erfolge führt. Ich protestiere dagegen, daß ein an sich richtiges Programm etwa deshalb nicht durchgeführt werden könnte, weil es Eigentum und Gedankengut einer Partei ist und mithin von einer Präsidialregierung, die überparteilichen Charakter besitzen müsse, abzulehnen sei.

Ich habe die Ueberzeugung vertreten, daß es nur unter der Voraussetzung des Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten am ehesten gelingen wird, eine Katastrophe zu vermeiden, weil sich immerhin zwei Drittel der zur Tolerierung nötigen Zahl von Abgeordneten schon in meiner Partei allein befinden.

Sie teilen mir mit, daß der Herr Reichspräsident nunmehr eine hundertprozentig parlamentarische Lösung wünsche.

Diese Aufgabe kann überhaupt nicht gelöst werden, wenn die Stellung dieses Auftrages mit Bedingungen verbunden ist, die die Lösung an sich verhindern. Denn wenn schon der nur parlamentarische Weg beschritten werden soll, dann können dafür aber auch keine anderen Voraussetzungen zur Auflage gemacht werden, als die in der Weimarer Verfassung selbst gegebenen.

Danach ist in erster Linie die parlamentarische Mehrheit maßgebend, sowohl für die Beauftragung mit der Regierungsbildung, als auch für die Zusammensetzung des Kabinetts und für das Regierungsprogramm. Voraussetzungen von anderer Seite können nur insoweit aufgestellt werden, als sie der Verfassung entsprechen.

Da der Reichspräsident den Reichskanzler und die Reichsminister ernennt, hat er selbstverständlich die letzte Entscheidung über die Ministerliste. Aber nicht zu vereinbaren mit dem Artikel 53 der Verfassung wäre dann die Voraussetzung, daß die Besetzung des Auswärtigen Amts und des Reichswehrministeriums Sache der persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten sei. Auch der Reichsaußen- und der Reichswehrminister können nur auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt werden.

Festlegung des Wirtschaftsprogramms, keine Wiederkehr des Dualismus zwischen Reich und Preußen, keine Einschränkung des Artikels 48, das sind alles Voraussetzungen, die bei einem parlamentarischen Mehrheitskabinett dem Reichspräsidenten nur nach Maßgabe der Artikel 68 ff. über die Reichsregierung zustehen.

Wenn Sie nun erklären, nach der bisher von dem Herrn Reichspräsidenten und seinem Amtsvorgänger geübte Staatspraxis seien jedem Kabinett grundsätzliche Forderungen auferlegt worden, so darf ich Ihnen darauf folgendes erwidern:

1. Noch nie in diesem Sinn und in diesem Umfang.

2. Noch nie war die katastrophale Lage Deutschlands innen- und außenpolitisch und insbesondere wirtschaftlich so, wie heute, und daher noch nie die volle Autorität eines Reichskanzlers nötiger als jetzt, und

3. darf ich doch auf darauf hinweisen, daß noch zu keiner Zeit so schwere Eingriffe in das parlamentarische Regierungssystem vorgenommen wurden, wie unter dem Präsidialkabinett des Herrn von Papen, die ich nun nachträglich den Parteien zur parlamentarischen Behandlung, und zwar zur Tolerierung und Billigung, vorlegen soll.

Sie schreiben, daß bei den Vorbesprechungen mit den anderen Parteiführern bereits deren Bereitwilligkeit geklärt worden sei, auf diese Vorbehalte einzugehen. Diese Erklärungen liegen jedenfalls nicht schriftlich vor. Aus der Besprechung, die der Reichstagspräsident Goering (vor der Erteilung des Auftrages des Herrn Reichspräsidenten an mich) mit anderen Parteien hatte, geht das Gegenteil hervor. Die Zusicherung nun, daß ich im Falle des Scheiterns meiner Verhandlungen dem Herrn Reichspräsidenten ja die Gründe mitteilen könnte, ändert gar nichts an der Tatsache, daß man einfach mit Recht feststellen würde, die Erfüllung meines übernommenen Auftrages sei mir nicht gelungen.

Die Folgerungen, die sich daraus für die nationalsozialistische Bewegung und damit auch für das ganze deutsche Volk ergeben würden, liegen auf der Hand. Ich habe in redlichstem Bemühen Auftrag und Bedingungen immer wieder miteinander verglichen, bin aber genau so wie meine sämtlichen Mitarbeiter zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Auftrag infolge seines inneren Widerspruchs in sich undurchführbar ist. Ich habe daher davon abgesehen, in diesen Tagen mit einer Partei Fühlung zu nehmen, und bitte Sie deshalb, Seiner Exzellenz, dem hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, folgende ehrerbietigste Meldung übermitteln zu wollen:

Den mir am Montag, dem 27. d. M., vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag kann ich infolge seiner inneren Undurchführbarkeit nicht entgegennehmen und lege ihn daher in die Hand des Herrn Reichspräsidenten zurück.

Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Letztes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos versinken, möchte ich nach wie vor dem ehrwürdigen Herrn Reichspräsidenten und Feldmarschall des Weltkrieges die nationalsozialistische Bewegung mit dem Glauben, der Kraft und der Hoffnung der deutschen Jugend zur Verfügung stellen.

Ich schlage daher unter vollständiger Umgehung aller immer nur verwirrenden Begriffe folgenden positiven Weg vor:

1. Der Herr Reichspräsident fordert mich auf, vom Tage der Auftragserteilung an binnen 48 Stunden ein kurzes Programm über die beabsichtigten innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorzulegen.

2. Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen 24 Stunden dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.

3. Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General v. Schleicher, für das Reichsaußenministerium Freiherrn von Neurath vorschlagen.

4. Der Herr Reichspräsident ernennt mich darauf zum Reichskanzler und bestätigt die von mir vorgeschlagenen und von ihm anerkannten Minister.

5. Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, für dieses Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen und gibt mir zu dem Zweck jene Vollmachten, die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie versagt worden sind.

6. Ich verspreche, daß ich unter vollem Einsatz meiner Person und meiner Bewegung mich aufopfern will für die Rettung unseres Vaterlandes.

Das Schreiben des Staatssekretärs Meißner vom 24. November

Staatssekretär Meißner erwiderte Hitler folgendes:

Sehr verehrter Herr Hitler!

Auf Ihr gestriges Schreiben beehre ich mich, Ihnen im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben. Zu der von Ihnen für diese Ablehnung gegebenen Begründung läßt der Herr Reichspräsident bemerken, daß er gerade nach den Ausführungen der Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, aber auch nach Ihren eigenen Ausführungen in der Besprechung vom 19. November im Gegenteil annehmen mußte, daß eine Mehrheitsbildung im Reichstag möglich war. Einen „inneren Widerspruch" in seinem Auftrag vermag der Herr Reichspräsident um so weniger anzuerkennen, als in meinem erläuternden Schreiben vom 22. November ausdrücklich auf die Möglichkeit einer weiteren Rücksprache hingewiesen war, falls eine der von dem Herrn Reichspräsidenten erwähnten Voraussetzungen sich als ein entscheidendes Hindernis bei Ihren Verhandlungen erweisen sollte.

2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines „Präsidialkabinetts" zu übernehmen, er glaubt aber, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei seine präsidialen Vollmachten zu geben, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat und die gegen ihn persönlich, wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen überwiegend verneinend eingestellt war. Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von Ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

3. Nachdem Sie zum lebhaften Bedauern des Herrn Reichspräsidenten sowohl in den bisherigen Besprechungen mit ihm, als auch in Ihrer gestrigen mit seinem Wissen geführten Unterhaltung mit dem Herrn Reichswehrminister General von Schleicher jede andere Art der Mitarbeit innerhalb oder außerhalb einer neuzubildenden Regierung — gleichzeitig unter welcher Führung diese Regierung auch stehen möge — mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben, verspricht sich der Herr Reichspräsident von weiteren schriftlichen oder mündlichen Erörterungen über diese Frage keinen Erfolg.

Unabhängig hiervon wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der letzten Besprechung am Montag abgegebenen Erklärung, daß seine Tür jederzeit für Sie offen stehe und wird immer bereit sein, Ihre Auffassungen zu den schwebenden Fragen anzuhören; denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf diesem Wege mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung verbleibe ich, sehr verehrter Herr Hitler,

Ihr sehr ergebener gez. Dr. Meißner."

„Noch ein paar Feststellungen" Hitlers

Hitler hat am Donnerstagnachmittag an Staatssekretär Dr. Meißner folgendes Schreiben gerichtet:

Indem ich Ihr Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlages zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält, zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend noch ein paar Feststellungen treffen.

1. Ich habe nicht den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung für aussichtslos gehalten, sondern ihn nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.

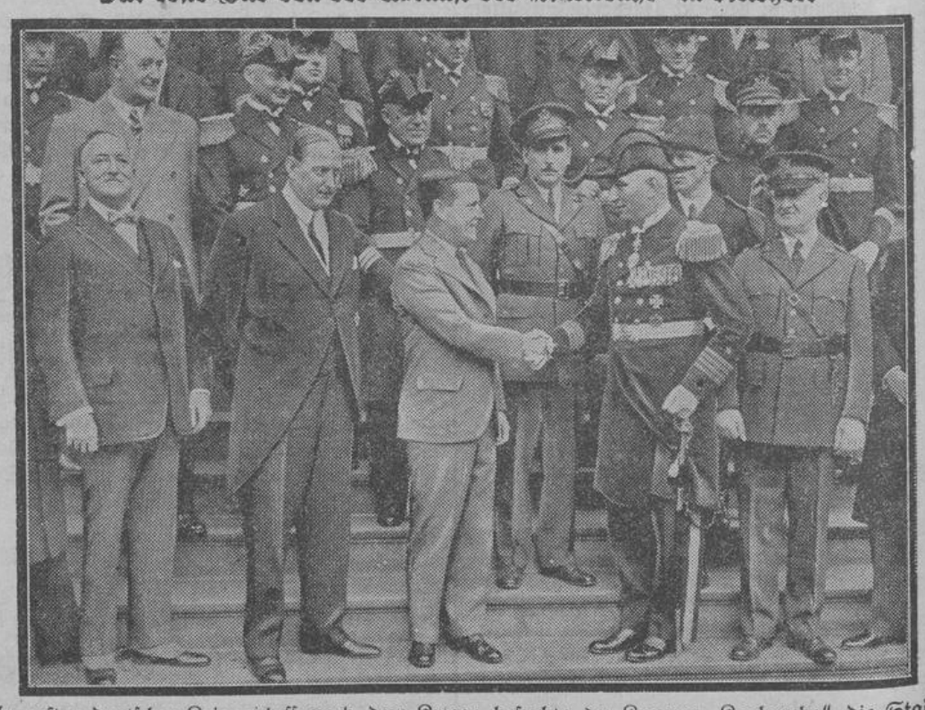
3. Ich habe nicht die Führung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusamenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet.

4. Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gesetzmäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.

5. Ich habe nicht nur keine Parteidiktatur verlangt, sondern war, wie im August d. J., so auch jetzt bereit, mit all den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Diese Verhandlungen müßten erfolglos bleiben, weil an sich die Absicht bestand, das Kabinett Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten.

Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen, da ich dazu trotz schwerster Anfeindungen schon in diesem Som-

Das erste Bild von der Ankunft der „Karlsruhe" in Newyork



Als erstes deutsches Kriegsschiff nach dem Kriege besuchte der Kreuzer „Karlsruhe" die Stadt Newyork. Unser Bild von der Ankunft der „Karlsruhe" zeigt die Begrüßung des Kommandanten Kapitän Erwin Waßner vor dem Rathaus durch den Newyorker Oberbürgermeister Joseph Mackee. Links neben diesem der deutsche Generalkonsul in Newyork, Dr. Kiep

mer alles nur Mögliche getan habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinett eine aufbaufähige Kraft zu sehen, und ich habe ja auch in der Beurteilung der Tätigkeit und des Mißerfolges der Tätigkeit dieses Kabinetts bisher recht behalten.

6. Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7. Ich war vor allem nicht bereit und werde auch in Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich, mit meinem Gewissen, der Ehre der von mir geführten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weitergehenden Verelendung entgegengeführt wurden.

Im übrigen bitte ich Seiner Exzelenz, dem Herrn Reichspräsidenten, nach wie vor den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. Adolf Hitler.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat am Donnerstagnachmittag auch eine persönliche Unterredung zwischen Adolf Hitler und dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, stattgefunden.

Reichsbaudarlehen für Eigenheime

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind die für die Bewilligung von Reichsbaudarlehen für Eigenheime notwendigen preußischen Ausführungsbestimmungen jetzt ergangen. Danach sind die entsprechenden Anträge an die für den Ort des Bauvorhabens zuständigen Landräte oder Gemeindevorstände (Bürgermeister, Oberbürgermeister) zu richten, denen bisher die selbständige Verwaltung der für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuermittel oblag. Die Bewilligung der Darlehen selbst erfolgt durch die zuständigen Regierungspräsidenten, in Groß-Berlin durch den Oberpräsidenten in Charlottenburg und für den Ruhrkohlenbezirk durch den Verbandspräsidenten in Essen.

Riesendemonstration für den Bierverbrauch in Belgien

Die Gastwirte von Belgien veranstalteten wie vor fünf Jahren durch das Innere der Stadt Brüssel einen Protestumzug gegen die Alkoholgesetzgebung und die hohen Steuern auf den Bierverbrauch. 40—60 000 Menschen aus dem ganzen Land zogen, drei Tage vor den Parlamentswahlen, unter Führung des liberalen Abgeordneten und Hotelbesitzers Marquet, mit Fahnen und Musikkapellen und zahllosen Plakaten durch Brüssel, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Belgier ihr Bier zu verteidigen haben. Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß 400 000 Belgier vom Biervertrieb leben.

Innenpolitisches

Die Regierung Braun nimmt im Landtag wieder das Wort

Der Preußische Landtag begann einen auf drei Tage berechneten Vollsitzungsabschnitt. Außerhalb der Tagesordnung gab

der deutschnationale Fraktionsvorsitzende Dr. von Winterfeld eine Erklärung

ab, die die Einsetzung des Reichskommissars bejaht, wenn auch nicht alle Maßnahmen des Reichskommissars gebilligt werden. Die Fraktion lehnt es ab, „mit der sogenannten Regierung Braun" zu beraten.

Bei der Erledigung kleiner Vorlagen wurde einem Einspruch des Abg. Nuschke (Staatspartei) gegen seinen Ausschluß aus der Sitzung am 22. September stattgegeben, gegen die Stimmen der Nationalsozialisten.

Dann begann die große politische Aussprache, und zwar zunächst über den Abschnitt

„Regierung der Reichskommissare".

Auf der Regierungsbank nahmen zum ersten Male nach dem 20. Juli wieder Minister Platz, und zwar für die Regierung Braun der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Hirtsiefer, mehrere Staatsminister und höhere Beamte. Als Minister Hirtsiefer das Wort erhielt, verließen die Deutschnationalen den Sitzungssaal.

Hirtsiefer sagte unter Hinweis auf das Leipziger Urteil, daß darin die Verordnung vom 20. Juli als in wichtigen Punkten mit der Verfassung nicht in Einklang stehend bezeichnet wurde. Dennoch habe die Reichsregierung es bisher nicht für notwendig gehalten, dem Reichspräsidenten die Aenderung der Verordnung vorzuschlagen. Noch immer müsse der Name des Reichspräsidenten im Reichsgesetzblatt eine verfassungswidrige Verordnung von dieser Bedeutung decken. Die Regierung Braun verlange Aufhebung der Verordnung, mindestens aber Abänderung im Sinne der Staatsgerichtshofentscheidung. Die preußische Staatsregierung bedauere es im Interesse des deutschen Ansehens, daß die Reichsregierung sich nicht zu einer Haltung entschlossen habe, die mehr dem Geiste des Leipziger Urteils entspreche. Zum Schluß betonte Hirtsiefer, die Staatsregierung kämpfe nicht für ihre Rechte, sondern für die Rechte der jeweiligen preußischen Regierung, wozu sie verpflichtet sei, bis eine neue Regierung gebildet wäre

Abg. **Möller-Halle** (Soz.) verlangte völlige Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli.

Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt.

Der Verfassungsstreit Reich — Preußen geht nochmals an den Staatsgerichtshof

Der Preußische Staatsrat trat am Donnerstag wieder zu einem Tagungsabschnitt zusammen. Mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hirtsiefer nahmen auch die Minister Dr. Schreiber, Dr. Schmidt und Dr. Grimme sowie die Ministerialdirektoren Dr. Brecht und Dr. Badt an der Sitzung teil. Zur Verhandlung stand die **Entscheidung des Staatsgerichtshofes im Verfassungskonflikt Preußen-Reich** und die damit verbundenen Gegenstände, namentlich die Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. November. Dazu hat der Verfassungsausschuß des Staatsrates am Mittwochabend seine bekannte Entscheidung gefaßt, in der u. a. eine **neue Klage beim Staatsgerichtshof** gefordert wird.

Nach Darlegungen des Berichterstatters des Ausschusses und des stellvertretenden Ministerpräsidenten fand eine Aussprache statt.

Der Antrag des Verfassungsausschusses wurde gegen die Stimmen der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft und der Wirtschaftspartei **angenommen.**

Umsatzsteuervergütung bei der Ausfuhr

Der Zwölferausschuß des Reichswirtschaftsrats für die Umsatzsteuer hat am 24. November einen vom Reichsfinanzministerium vorgelegten Verordnungsentwurf über Umsatzsteuervergütung beraten.

Der Ausschuß begrüßt, daß entsprechend seinen wiederholten Anregungen das Reichsfinanzministerium mit der Verordnung die Benachteiligung, die der deutschen Ware auf dem Weltmarkt durch die Umsatzsteuerbelastung erwächst, bis zu einem gewissen Grade dadurch beseitigt, daß ein Teil der für die ausgeführte Ware entrichteten Umsatzsteuer bei der Ausfuhr vergütet wird. Der Ausschuß hat sich den leitenden Gesichtspunkten, die vom Reichsfinanzministerium bei der Gestaltung der Verordnung zu Grunde gelegt worden sind, angeschlossen, wonach für alle Waren allgemein ein Vergütungssatz von ½% mit Ausnahme gewisser Roh- und Hilfsstoffe gewährt wird. Die Verordnung tritt am 1. Dezember 1932 mit der Maßgabe in Kraft, daß die Vergütung gewährt wird, wenn die Lieferung in das Ausland nach dem 30. November 1932 erfolgt.

Der Bullerjahn-Prozeß

Zu Beginn der Donnerstagsitzung teilte der Vorsitzende mit, der als Zeuge geladene Schweizer Kaufmann Eduard Bienz, der bereits telegraphisch abgesagt habe, habe sich endlich bereiterklärt, sich in Basel vor dem deutschen Generalkonsulat vernehmen zu lassen.

Sodann wird der Zeuge Bruno Hanke vernommen, der sich über

die Arbeitsmethoden von Gontards

äußern soll. Der Zeuge war von 1915 bis 1919 im Waffenwerk Oberspree, das zum Konzern gehörte, dessen Generaldirektor von Gontard war. Der Zeuge schilderte, wie er von v. Gontard eine weitgehende Vollmacht zur Kontrolle sämtlicher Läger des Konzern erhielt. Ihm sei sogar eine Lebensstellung versprochen worden. Als er Direktor Anderson von diesen Aussichten erzählte, habe sich dieser vor Lachen geschüttelt und gesagt: „Ich warne Sie. Hüten Sie sich vor den Versprechungen des Herrn von Gontard. Wenn Sie 10 Prozent von dem glauben, was er verspricht, dann ist es das Höchstmaß. Der Mann lügt, sowie er den Mund auftut." Bei seinem Ausscheiden habe der Zeuge ein Zeugnis erhalten, das ihn in keiner Weise befriedigte.

Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmungen wurde der

Chauffeur Karl Gollers aus Berlin

vernommen, der die bereits gemeldete Begegnung und

Unterhaltung mit zwei Männern

vor dem Hotel Saxonia schilderte. — Vorsitzender: Warum haben Sie das alles nicht schon früher zur Anzeige gebracht? — Zeuge: Weil ich den Eindruck hatte, daß es sich gar nicht um einen so großen Landesverrat handelte. — Zu dem Vorfall vor dem Hotel Saxonia sagte der Zeuge noch weiter aus, daß nach ungefähr dreiviertelstündiger Unterredung auch der Wagen des Generals Walsh vorgefahren sei. Gegen 18 Uhr sei Leutnant Jost wieder heruntergekommen, während die beiden Männer schon vorher weggegangen seien, die sich, ehe sie von dem Franzosen mit in das Büro genommen worden seien, nicht beim Portier hätten einschreiben brauchen.

Oberleutnant Dühring, der Verbindungsoffizier des Reichswehrministeriums bei der Interalliierten Militärkommission,

erklärte, daß es ihm aufgefallen sei, daß sich der Oberlagerverwalter bei der Kontrolle am 23. Dezember völlig ferngehalten habe, obwohl ihn die Kontrolle in seinem Lager besonders hätte interessieren müssen. Auf Veranlassung des Zeugen sei dann Bullerjahn gerufen worden, der nach einigen Ausflüchten schließlich auch erschienen sei. Diese Ausflüchte seien dem Zeugen verdächtig erschienen, und er habe daraufhin scharf das Verhalten des Leutnants Jost beobachtet. Dieser habe beim Eintritt Bullerjahns in das Zimmer Bullerjahn in keiner Weise beachtet, woraus man geschlossen habe, daß Jost Bullerjahn gekannt habe. Für das dann folgende

Gutachten des militärischen Sachverständigen Majors Hiemer

vom Reichswehrministerium wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit setzte Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld nochmals die Gründe auseinander, warum die Verteidiger auf

Vorladung noch anderer Zeugen,

namentlich des Bankdirektors von Stauß und des Schweizers Bienz, bestehen müsse. In diesem Zusammenhang wies Rechtsanwalt Dr. Nagel darauf hin, daß die deutsche Regierung schon seinerzeit auf die französische Regierung wegen einer Zeugenaussage des Leutnants Jost eingewirkt habe, daß aber aus grundsätzlichen Erwägungen heraus trotzdem seitens der französischen Regierung nichts geschehen sei.

Das Scheitern der Nichtangriffspakt-Verhandlungen Rumäniens mit Sowjet-Rußland

Aus Bukarest wird berichtet: Außenminister Titulescu hielt vor der Kammer eine Rede über die Nichtangriffspakt-Verhandlungen mit Sowjet-Rußland. Die Rede gipfelte in der Erklärung, daß die Verhandlungen tatsächlich abgebrochen worden seien, dadurch aber die Beziehungen Rumäniens zu seinen Verbündeten in keiner Weise berührt würden. Die Einigung mit Sowjet-Rußland sei nicht zustande gekommen, weil Litwinow im Unterzeichnungsprotokoll des Abkommens auf einem Passus bestanden habe, durch den das bessarabische Problem als Streitfrage textlich gekennzeichnet würde. Rumänien könne diesen Passus keineswegs annehmen. Rußland hingegen habe wissen lassen, daß es diesen Passus als Grundbedingung für die Wiederaufnahme der Besprechungen ansehen müsse. Rumänien sei prinzipiell bereit, mit Sowjet-Rußland einen besonderen Nichtangriffspakt abzuschließen; immerhin sei festzustellen, daß das Kellogg-Abkommen für Rumänien noch durch das in Moskau unterzeichnete Litwinow-Protokoll verstärkt worden sei. Titulescu schloß, alle Rumänen müßten darin einig sein, daß die gesamten Grenzen des Territoriums zu verteidigen seien. Damit würden sie auch die Regierung in ihrer Politik in der Frage der Nichtangriffspakt-Verhandlungen unterstützen.

Im Anschluß an die Rede erklärten die Führer sämtlicher Parteien, daß auch nach ihrer Ansicht die von der Sowjetregierung vorgeschlagene Fassung des Nichtangriffspaktes für Rumänien unannehmbar sei.

Der Lytton-Ausschuß erweitert seinen Bericht nicht

Der Lytton-Ausschuß trat am Donnerstag in Verfolg des Ratsbeschlusses vom Mittwoch zum erstenmal seit seiner Rückkehr aus der Mandschurei zu einer Sitzung zusammen, in der nach kurzer Beratung festgestellt wurde, daß eine Ergänzung oder Erläuterung des Lytton-Berichtes auf der Grundlage der großen Aussprache im Völkerbundsrat und der Erklärungen der Vertreter Chinas und Japans nicht notwendig sei.

Die Abrüstungsfrage

Kein Konkurrenzunternehmen zur Abrüstungskonferenz — sagt Deutschland

Ueber die Abrüstungsfrage, die anläßlich der Ratstagung in Genf inoffiziell zwischen den Vertretern der Großmächte erörtert worden ist, sind vorläufig keine weiteren Besprechungen vorgesehen. Der deutsche Außenminister hat in seinen bisherigen Unterredungen mit den Vertretern Englands, Amerikas und Italiens für den Wunsch dieser Mächte, Deutschlands Rückkehr zur Abrüstungskonferenz zu erleichtern, volles Verständnis und weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

Die positive Haltung Deutschlands gegenüber der Konferenz kommt darin zum Ausdruck, daß Deutschland die Vorschläge der Simonschen Rede — bei aller Kritik im einzelnen — als eine brauchbare Diskussionsgrundlage über die Gleichberechtigungsfrage anerkennt. Gleichzeitig muß aber, so heißt es in einem Bericht des Wolffbüros aus Genf, mit Bedauern festgestellt werden, daß es dem englischen Außenminister bisher nicht gelungen ist, auch Frankreich, auf dessen Haltung es in der ganzen Frage entscheidend ankommt, für den gleichen Standpunkt zu gewinnen.

Die Lage stellt sich im Augenblick so dar, daß Frankreich seinen Plan, der in vorläufig noch ganz undurchsichtiger Weise die Gleichberechtigung im Rahmen einer allgemeinen Sicherheitsorganisation herbeiführen will, in den Vordergrund stellt und nicht bereit ist, auf den Boden der Simonschen Vorschläge zu treten. Solange Frankreich bei dieser Haltung bleibt, sind naturgemäß für eine Konferenz der Mächte, von der in den letzten Tagen so viel gesprochen wird, die logischen Voraussetzungen nicht gegeben, denn eine derartige Konferenz hätte nur dann Zweck und Sinn, wenn sie auf die allein akute und von allen übrigen Großmächten gewünschte Erörterung der Simonschen Vorschläge beschränkt bliebe.

Andernfalls wäre dies ein überflüssiges Konkurrenzunternehmen zur Abrüstungskonferenz. Da noch keine Anzeichen für eine Aenderung der französischen Haltung vorliegen, läßt sich ein Zeitpunkt für diese Konferenz nicht absehen.

*

Nach Ansicht des Außenpolitikers des Echo de Paris sind die Genfer Verhandlungen jetzt an einem kritischen Punkt angelangt. Gegen das Versprechen, die Sicherheitsfrage gleichzeitig mit dem Problem der Gleichberechtigung zur Diskussion zu stellen, sei Frankreich zu einer Fünferkonferenz bereit, die nächste Woche beginnen würde. Notwendigerweise müsse Frankreich sich auch über Artikel 160 des Versailler Vertrages aussprechen, der die Rolle des deutschen Heeres definiere. Der Außenpolitiker fügt hinzu, er habe erfahren, daß die deutschen Delegierten wahrscheinlich nicht an einer Fünferkonferenz teilnehmen würden, auf der die Sicherheitsfrage angeschnitten werde. Getreu ihrer Verhaltungslinie würden sie erst dann an diesen Verhandlungen teilnehmen, wenn sie im voraus den Grundsatz der Gleichberechtigung durchgesetzt haben würden.

Herriot vor den französischen Industriellen

Ministerpräsident Herriot empfing eine Abordnung der Vereinigung französischer Kaufleute und Industrieller, die zwei Kongresse in Paris abgehalten haben. Bei dieser Gelegenheit ging der Ministerpräsident auf die innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Frankreichs ein, nachdem er die außenpolitische Lage kurz damit abgetan hatte, daß er sie als „äußerst verwickelt und kritisch" bezeichnete.

Herriot erklärte, er stehe und falle mit der Möglichkeit, das Budgetdefizit von acht Milliarden Franken zu decken. Man müsse jetzt endlich Klarheit schaffen. Opfer seien unerläßlich. Er werde vom Parlament ein Gesetz fordern, daß nach Herstellung des Budgetgleichgewichts künftig keine Ausgaben ohne entsprechende Einnahmen mehr bewilligt werden dürften. Nur so könne man zu gesunden Verhältnissen kommen. Um dem Außenhandelsdefizit zu begegnen, sei es seiner Ansicht nach wünschenswert, die Handelspolitik auf Gegenseitigkeit zu stellen. Zu diesem Zweck beginne man mit der Revision der Handelsverträge. Als Deutschland die Streichung der Reparationen verlangte, habe es im Handelsverkehr mit Frankreich einen jährlichen Ueberschuß von 3380 Millionen Franken gehabt. In diesem Zusammenhang sagte Herriot, Frankreich dürfe nicht, weil es zahle, das Opfer derer werden, die mit ihm Handel treiben, und, während sie bei ihm kauften, hofften, die Zahlungen schuldig zu bleiben. Konzessionen seitens Frankreichs würden als Schwäche ausgelegt werden; denn in den nationalen wie in den internationalen Beziehungen wisse man Konzessionen zu schätzen, wenn sie von einem Starken gewährt würden.

Belgien kann nicht bezahlen

Die belgische Regierung wird angesichts der ablehnenden Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem Ersuchen um Verlängerung des Hoovermoratoriums eine Haltung einnehmen, die der Haltung Englands und Frankreichs entspricht. In einer Ministersitzung soll der Finanzminister den Standpunkt der Zahlungsunfähigkeit Belgiens vertreten haben. Belgiens Schuld betrage am Fälligkeitstermin, dem 15. Dezember, rund 2 Millionen Dollar. Die Mehrheit der Minister will sich aber laut wohl unterrichteter Blättermeldungen damit begnügen, die Begleichung dieser Schuld auf einen späteren Termin zu verschieben.

Dr. Breitfeld aus der SPD. ausgeschlossen

Das Parteibezirksgericht der SPD. in Stettin hat den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Breitfeld aus der Partei ausgeschlossen. Dr. Breitfeld hatte seinerzeit eine Arbeit „Irrwege der sozialen Fürsorge" veröffentlicht, in der er auf die schweren Mißbräuche in der sozialen Fürsorge und auf deren demoralisierende Wirkung auf große Teile der Bevölkerung hingewiesen hatte. Das Verlangen des Parteibezirksgerichtes auf Widerruf hatte Dr. Breitfeld abgelehnt.

Die KPD. erhält durch Listenverbindung ein weiteres Reichstagsmandat

In der Sitzung des Kreiswahlausschusses im 23. Wahlkreis Düsseldorf-West wurde festgestellt, daß der KPD. infolge der Listenverbindung mit Düsseldorf-Ost ein weiteres Reichstagsmandat zufällt, das Walter Frank in Bochum übertragen wird. In Düsseldorf-West sind demnach endgültig 4 Nationalsozialisten, 1 Sozialdemokrat, 4 Kommunisten, 5 Zentrumsabgeordnete und 1 Deutschnationaler.

Verhaftungen von Angeklagten aus dem früheren Bombenlegerprozeß

Wie die Lüneburger Blätter berichten, sind die in dem großen Bombenlegerprozeß angeklagt gewesenen Landwirte Luhmann-Klues und Becker-Rottorf, sowie Herbert Schmidt aus Hamburg verhaftet und nach Lüneburg gebracht worden. Die Behörden verweigern jede Auskunft, doch dürfte feststehen, daß die Verhaftungen wegen Verdachts der Mittäterschaft bei dem Anschlag auf den Lüneburger Landgerichtsdirektor Kastendik vorgenommen wurden. Das Lüneburger Tageblatt bringt die Maßnahmen außerdem mit der Ermordung des Lüneburger Kolonialwarenhändlers Bodendieck in Verbindung.

Piet van Kempen-Pijnenburg siegen in Amsterdam

Das Amsterdamer Sechstagerennen wurde am Donnerstagabend beendet. Das Favoritenpaar van Kempen-Pijnenburg ging mit 685 Punkten aus diesem Rennen als Sieger hervor, während die Kölner Rausch-Hürtgen, eine Runde zurück, mit 251 Punkten den 2. Platz belegten. An 3. Stelle, zwei Runden zurück, folgten Charlier-Deneef mit 348 Punkten, an 4. Stelle Braspenning-Wals, 3 Runden zurück, mit 238 Punkten. Das zweite deutsche Paar, Göbel-Schorn, rangierte an 8. Stelle mit 119 Punkten. Die Halle war auch am Schlußabend schon früh ausverkauft und die „wilden" Kartenverkäufer machten gute Geschäfte. Der Andrang war so groß, daß sogar die Polizei für Ordnung sorgen mußte.

USA ablehnender Bescheid

Die Antwort

Staatssekretär Stimson überreichte am Mittwoch, wie aus Washington gemeldet wird, dem französischen und englischen Botschafter die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Noten zur Kriegsschuldenfrage.

Die Antworten an Belgien, die Tschechoslowakei und Polen sind nicht überreicht worden.

Hoovers Standpunkt

Nach der Beratung des Präsidenten Hoover mit 13 führenden Persönlichkeiten des Senats und des Repräsentantenhauses über die Schuldenfrage erklärte das Mitglied des Finanzausschusses des Senats, Harrison, man habe sich allgemein dahin verständigt, daß der Kongreß nichts unternehmen solle, was den Eindruck erwecken könnte, daß er eine Streichung oder allgemeine Revision der Schulden ins Auge fasse, während Schatzamtssekretär Mills sagte, die Meinungen seien sehr geteilt gewesen.

Präsident Hoover erklärte formell, daß er gegen eine Verschiebung der Fälligkeit vom 15. Dezember sei, und empfahl dem Kongreß, einen Organismus einzusetzen für einen Gedankenaustausch mit den Schuldnern über internationale finanzielle Vereinbarungen.

Die Erklärung Hoovers wurde nach der Konferenz mit Roosevelt abgegeben. Hoover erklärte ferner, die Regierungen der Schuldnerstaaten hätten keine Tatsachen angegeben, die eine Verschiebung der am 15. Dezember fälligen Zahlungen rechtfertigen würden. Der von ihm vorgeschlagene Organismus würde in einer Kommission bestehen, die Vorschläge über das Kriegsschuldenproblem entgegenzunehmen und die von ihr für wünschenswert gehaltenen Vorschläge dem Kongreß zu unterbreiten hätte.

England keineswegs unbefriedigt!?

Die Erklärung Hoovers wird in maßgebenden britischen Kreisen auf den ersten Blick keineswegs als unbefriedigend angesehen. Man sieht nun den Vorschlägen der Vereinigten Staaten entgegen, da die im Augenblick für Großbritannien wichtigste Frage die ist, was am 15. Dezember geschehen soll. Hoovers Erklärung, daß bisher von den Schuldnerstaaten nichts vorgebracht worden sei, was eine Suspendierung der Zahlungen a 15. Dezember rechtfertigen würde, wird als vollkommen zutreffend anerkannt. Es ist nun zu erwarten, daß die britische Regierung eine Erklärung vorbereiten wird, welche die Gründe Großbritanniens für den Vorschlag einer Suspendierung erhält. Man zweifelt nicht daran, daß die britischen Argumente, wie vor allem die befürchteten Schwierigkeiten durch Währungsschwankungen, Kapitalbewegungen und eine allgemeine Erschütterung des Vertrauens, mehr als hinreichend stark sind.

Enttäuschung in Paris

Zu der amerikanischen Ablehnung der Moratoriumsgesuche schreibt Journal, wenn auch die Entscheidung des Präsidenten Hoover nicht völlig unerwartet gewesen sei, werde sie doch in Europa eine sehr lebhafte Enttäuschung auslösen. Das Vertrauen, das in Lausanne aus der moralischen Gewißheit entstand, daß die Lasten, die sich aus den Regierungszahlungen ergeben, endlich zu Ende seien, erhalte einen schweren Schlag. Selbstverständlich könne wenigstens für den Augenblick von einer Ratifizierung der Lausanner Abkommen nicht mehr die Rede sein. Auch die Bemühungen der Stresa-Konferenz seien paralysiert worden. Die Weltwirtschaftskonferenz könne als auf unbestimmte Zeit verschoben angesehen werden. Von den Rückwirkungen auf den Sterlingskurs brauche man wohl nicht zu sprechen.

Roosevelts Meinung

Während seiner Rückreise nach Atlanta gab Roosevelt in seinem Zuge eine Erklärung über die Schuldenfrage ab. Er sagte, die Schuldnernationen könnten sich mit der amerikanischen Regierung am zweckmäßigsten und wirksamsten durch die vorhandenen diplomatischen Verkehrswege in Verbindung setzen.

Er erklärte ferner: In allgemeiner Hinsicht bin ich der Meinung, daß ein einzelner Schuldner zu jeder Zeit Gehör bei seinem Schuldner finden und die Gelegenheit haben sollte, dem Gläubiger Tatsachen und Vorstellungen zu unterbreiten, und daß der Gläubiger solchen Tatsachen und Vorstellungen immer höfliche, wohlwollende und gründliche Erwägungen zuteil werden lassen sollte.

Ich stimme mit der Ansicht des Präsidenten Hoover vollkommen überein, daß es sich bei den Kriegsschulden um Darlehen handelt, die in der Annahme gewährt wurden, daß sie zurückgezahlt würden, daß jedes dieser Darlehen isoliert und nicht in Gemeinschaft mit anderen erwogen werden sollte, daß Vereinbarungen die Zahlungsfähigkeit berücksichtigen sollten, und daß die Schulden mit Reparationen nichts zu tun haben.

Ein Vorteil der Behandlung des Schuldenproblems durch die normalen diplomat. Kanäle ist, daß jede Schuldnernation zu jeder Zeit die Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierung auf neue Zustände und Tatsachen lenken kann, die das Schuldenproblem berühren.

Roosevelt wiederholte dann seine Erklärung, daß die Verantwortung für die Behandlung der in der britischen und in der französischen Note aufgerollten Fragen der gegenwärtigen gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zufalle.

Ein Aus- und Umweg

Der Newyork Evening Post zufolge sind in Wallstreet hartnäckige Gerüchte im Umlauf, wonach das Bankhaus Morgan u. Co. Londoner Privatbanken die Zusicherung gegeben haben soll, daß im Falle der Zahlung der britischen Schuldenrate an Amerika am 15. Dezember nötigenfalls ein erheblicher Kredit zur Unterstützung des Sterlingskurses gewährt werden wird.

Das Blatt sagt: Es ist nicht gelungen, von Morgan u. Co. eine Bestätigung zu erhalten, doch wird den Gerüchten in gut unterrichteten Kreisen Glauben geschenkt. Es wird angenommen, daß die britischen Guthaben in Newyork ausreichen würden, um die am 15. Dezember fällige Zahlung leisten zu können. Allerdings gehört ein wesentlicher Teil der Guthaben Londoner Banken und nicht dem britischen Schatzamt. Hinsichtlich des eventuellen Kredits wird die Summe von 100 Millionen Dollar genannt, doch wird gehofft, daß es nicht nötig sein wird, den Betrag in erheblichem Maße in Anspruch zu nehmen, weil die Kenntnis vom Vorhandensein des Kredits genügen dürfte, um Angriffe auf den Pfundkurs zu entmutigen.

Wird England zahlen?

Das Reuter-Büro nimmt zu einer Meldung des „Evening Standard" Stellung, wonach die englische Regierung sich bereits entschlossen habe, die Zahlung an die Vereinigten Staaten nicht zu leisten. Reuter erklärt, daß das Kabinett noch keinerlei Beschlüsse über die Antwortnote an die Vereinigten Staaten gefaßt habe, da die amerikanische Note dem Kabinett selbst noch nicht vorgelegen habe.

MLB
MODERNE LICHTBÜHNE BURSCHEID

Samstag 8.15 Uhr -:- Sonntag ab 5 Uhr
Willy Fritsch
in
„Ein toller Einfall"
mit MAX ADALBERT - ROSI BARSONI
Willy Fritsch verliebt, aber im heftigen Dalles plötzlich ein toller Einfall.
Dazu
„Flucht vor der Liebe"
mit
JENNY JUGO - KURT VESPERMANN
KURT GERRON
Ufa-Tonwoche Kulturfilm

Schlachtfest in Heide

am **Samstag, den 26.** und **Sonntag, den 27. Nov.,** wozu freundlichst einladet
Walter Steffens

Eden-Pflanzenbutter Pfd. 74 Pfg.
Eden-Pflanzensparbutter Pfd. 48 Pfg.
Kostproben gratis!
Reform- und Nährmittelhaus
Burscheid, Hauptstraße 21.

Weine Weinbrand Liköre
Fernruf 601 **P. Hamacher, Burscheid** Hauptstr. 1b
Alter Berg. Korn .... o. Gl. Liter **2.25 RM**

LICHTSPIELHAUS HILGEN
bringt am
Samstag 8.15 Uhr u. Sonntag 5 u. 8 Uhr
Max Hansen - Paul Morgan
in der großen Tonfilm-Operette
Das Kabinett des Dr. Larifari
Der Mongole und die Tänzerin
Die Geheimnisse einer Hafenkneipe von Marseille verrät dieser Film.
Lustspiel **Kulturfilm**
Nächste Woche
INGAGI

Hallo! Welle 11. 11. 32 Hallo!
Rest. „Zur Linde" Pattscheid
Samstag, den 26. November, abends 8 Uhr
Großer Rheinischer Abend
unter Mitwirkung der
„Kölner Karnevalsgesellsch. f. Jedermann"
Musik: Schützenkapelle Köln-Sülz.
Eintritt 60 Pfg. Tanzen frei! Eintritt 60 Pfg.
Alle, die einige Stunden frohen Humors miterleben wollen, sind hierzu herzlichst eingeladen.
K. K. G. f. J. Köln Der Festwirt Oskar Kall
Stimmung! Humor!

In allen vorkommenden
Schreinerarbeiten
sowie in der Belieferung von erstklassigen
Möbeln
halte ich mich bestens empfohlen.
Ernst Stöcker, Schreiner
Hilgen, Bechhausen III.
Zum Weihnachtsfest billige Klein- und Sitz-Möbel aller Art.

Drucksachen
liefert in allen Ausführungen, schnell und billig die Druckerei dieser Zeitung.

Krieger-Verein Burscheid
Sonntag, 27. November, punkt 6 Uhr, im Vereinslokale Bruno Lungstraß
Versammlung
Wichtige Tages-Ordnung liegt vor.
Der Vorstand.



Auf dem Weg zur Arbeit
sind und bleiben der treue Begleiter und Hüter der Gesundheit die millionenfach gegen Husten, Heiserkeit und Katarrh bewährten
Kaiser's Brust-Caramellen mit den 3 Tannen
Jetzt Beutel 35 Rpf, Dose 40 und 75 Rpf.
Zu haben bei: Colonia-Drogerie Leo Becker, Central-Drogerie Albert Lonnoy, Otto Riemscheid. Hilgen: Robert Seck, Drogerie und wo Plakate sichtbar.

Bauholz
Bretter
Dielen, Latten, Rahmen u. Fußboden in allen vorkommenden Breiten und Stärken
Fußleisten, Spalierlatten Kalk-, Hohl- und Tapeten-Leisten
zu den billigsten Tagespreisen stets vorrätig
Oskar Heinrichs
Holzhandlung u. -Bearbeitung
Burscheid, Fernspr. 520.

Schönes
Zimmer
zu vermieten.
Hilgen, Witzheldenerstr. 31 b.

Hallo!!!
Schlafzimmer
mit 180 cm breitem Kleiderschrank
von **RM 295.-**
echt Eiche
voll abgesperrt
erstklassige Arbeit
nur **RM 385.-**
Küchen
in ganz gr. Auswahl
Allerneueste Modelle.
Auch führe ich die beliebten
K. K.-Küchen
Büfett, Anrichte, Tisch, 2 Linoleumstühle
von **RM 155** an
Alleinverkauf f. Opladen, Wiesdorf, Burscheid und Umgebung.
Küchenausziehtisch
mit vollgesperrter Platte
nur **RM 26.-**
Speisezimmer
Herrenzimmer
ebenfalls der verringerten Kaufkraft angepaßt.
Besichtigen Sie mein Lager.
Möbelhaus
Alfred Kockenberg
Opladen
Kölner Straße 19.

Eine prima trächtige
Kuh
zu verkaufen.
Oskar Pott
mech. Weberei
Hilgen-Dünweg.

Sichere Existenz
Fleißige Leute mit gr. Bekanntenkreise (abg. Beamte usw.) zum Verkauf von
Margarine und Lebensmittel
gegen festen Wochenlohn gesucht. Sicherheit erwünscht. Offerten unter **S. O. 4** an die Geschäftsstelle dsr. Zeitung.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 277 2. Blatt Freitag, 25. November 1932

Betrug wird bestraft

Als Warnung für andere dürfte die vor einigen Tagen in Düsseldorf verhängte exemplarische Strafe wegen Betrugs des Wohlfahrtsamtes dienen, über welche die „Düsseldorfer Nachrichten" wie folgt berichten:

In der Zeit vom 8. Mai 1931 bis zum 14. März 1932 bezog ein wegen Betrugs mehrmals vorbestrafter Anstreicher für sich und seine Frau — Kinder hat er nicht — Wohlfahrtsunterstützung. Dabei hatte er verschwiegen, daß zwischen den genannten Daten seine Frau bei Herrschaften arbeitete, er selbst für 258 RM Anstreicherarbeiten ausführte und monatelang in einer Wirtschaft jeden Sonntagabend musizierte und 7 RM am Abend verdiente. Dadurch, daß er das alles pflichtwidrig verschwieg, erhielt er 356 RM Wohlfahrtsunterstützung, auf die er kein Anrecht hatte. Das führte ihn schließlich wegen Betrugs vor das Amtsgericht, wo er lange Reden hielt, um darzutun, daß er seine Nebenverdienste regelmäßig angemeldet habe. Das wurde aber durch die Beweisaufnahme glatt widerlegt. Da er in ganz unverschämter Weise ein sowieso schon sehr in Anspruch genommenes Wohlfahrtsinstitut hintergangen und dadurch indirekt wirklich Unterstützungsbedürftige übervorteilt hat und als Schädling der Allgemeinheit angesehen werden muß, war nach Ansicht des Gerichtes eine ganz exemplarische Strafe am Platze, zumal derartige Betrügereien mit aller Schärfe unterdrückt werden müssen. Urteil: Neun Monate Gefängnis mit sofortiger Verhaftung.

Große Steuerhinterziehungsaffäre

Reichsmonopolverwaltung um mehrere 100000 RM geschädigt

Zwei Verhaftungen

Der Pächter der Brennerei A. u. H. Pfeiffer in Hinterweg bei Hilgen, Fritz Stellens aus Köln-Marienburg und der Brenner Will, sind — wie die „Opladener Zeitung" zu berichten weiß — verhaftet worden wegen jahrelanger heimlicher Ableitung von Branntwein und Hinterziehung von Monopolabgaben. Nach vorläufigen Schätzungen belaufen sich die hinterzogenen Beträge auf mehrere 100 000 RM. Die Ermittlungen sind durch Beamte der Zollfahndungsstelle Düsseldorf und des Bezirkszollkommissariats Opladen geführt worden.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß die Besitzer der Brennerei kein Verschulden trifft, da sie von den heimlichen Manipulationen der beiden Verhafteten keine Kenntnis hatten.

Soweit die Notiz der genannten Zeitung. Wir haben uns schon vor Tagen, als dieses uns bekannt wurde, mit den maßgebenden Stellen in Verbindung gesetzt, ohne aber authentisches hierüber zu erfahren.

Wie wir weiter erfahren, soll es sich um eine der größten Schwarzbrennereien, die in der letzten Zeit aufgedeckt wurden, handeln; die hinterzogenen Beträge sollen sogar in die Millionen gehen.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß noch von der Zollfahndungsstelle Düsseldorf auf telefonischen Anruf erfahren, soll im Laufe des heutigen Nachmittags ein amtlicher Bericht zu diesem Fall herausgegeben werden.

Gelegenheits- und Schwarzarbeit

Dem Pressedienst des Landesarbeitsamtes entnehmen wir:

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wird das Bestreben der Arbeitslosen verständlicherweise immer häufiger, durch irgendeine Gelegenheitsarbeit das geringe Einkommen aus der Arbeitslosenunterstützung aufzubessern. Entgegen einer vielfach verbreiteten Meinung ist es dem Unterstützungsempfänger durchaus nicht untersagt, Gelegenheitsarbeiten zu verrichten. Er ist lediglich gesetzlich verpflichtet, jede übernommene Arbeit, ganz gleich, ob und welche Entlohnung sie ihm bringt, dem zuständigen Arbeitsamt sofort mitzuteilen. Es ist bekannt, daß häufig die Uebernahme solcher Gelegenheitsarbeit verschwiegen wird. Andererseits hat auch bedauerlicherweise die Bereitschaft vor allem kleinere Betriebe, Unterstützensempfänger als Schwarzarbeiter zu beschäftigen, zugenommen, wobei untertarifliche Löhne gezahlt und vielfach die Sozialversicherungsbeiträge nicht entrichtet werden. Diese Erscheinung mag aus der Notlage jener Betriebe erklärlich sein, auf die Dauer aber muß ein derartiges gesetzwidriges Gebaren den ordentlichen Arbeitsmarkt durch Entziehung von Arbeitsgelegenheit noch mehr schwächen und dadurch Ursache neuer Arbeitslosigkeit werden.

Nichtangabe von Gelegenheitsarbeit, gleichgültig, ob es sich um selbständige oder um unselbständige Arbeit, um eine Arbeit des Unterstützungsempfängers selbst oder seiner durch Zuschläge unterstützten Familienangehörigen handelt, wird durch die Arbeitsämter mit einer Ordnungsstrafe bis 100 Mark bestraft. Außerdem hat der Unterstützungsempfänger wegen betrügerischer Ausnützung einer öffentlichen Unterstützungseinrichtung ein Strafverfahren zu gewärtigen. So wurde erst kürzlich gegen einen Schlosser wegen fortgesetzten Betrugs durch verschwiegene ständige Schwarzarbeit vom Einzelrichter die hohe Strafe von zehn Monaten Gefängnis verhängt.

Aber auch der Arbeitgeber, der einen Unterstützungsempfänger beschäftigt, macht sich unter Umständen der Beihilfe zum Betrug schuldig. Unlängst führte ein Oberlandesgericht aus Anlaß eines Strafverfahrens, das mit der Verurteilung des Unterstützungsempfängers und des Arbeitgebers endete, aus, daß der Arbeitgeber Beihilfe zum Betrug geleistet habe, indem er um die Arbeit möglichst billig ausführen zu lassen und nicht bekanntzugeben, daß der Unterstützte Arbeit habe, die Anmeldung bei der Krankenkasse unterlassen habe.

Aber nicht allein die zu erwartenden hohen Strafen sollten vor der Uebernahme und Bereitstellung von Schwarzarbeit abschrecken, auch das Verantwortungsbewußtsein vor der Allgemeinheit, die durch Steuern und Versicherungsbeiträge die Unterstützungsmittel aufzubringen hat, sollte eine betrügerische Ausnützung einer öffentlichen Einrichtung unterbinden. Das beste Mittel aber, den Arbeitsämtern die schwierige Kontrolle der Voraussetzungen des Unterstützungsbezuges zu erleichtern, ist, alle offenen Stellen den Arbeitsämtern zur Vermittlung zu melden, wodurch mißbräuchliche Ausnützung der Unterstützung verhindert und damit eine ordnungsgemäße Verwendung des Unterstützungsaufkommens sichergestellt wird, an der alle Steuer- und Beitragszahler erhebliches Interesse haben.

Aus der Heimat

Moderne Lichtbühne Burscheid

Ueberstrahlt von lachender St.-Moritz-Sonne, erfüllt von lachender Jugend und gewürzt mit dem goldenen Humor beliebtester Komiker, präsentiert sich das „fritsch-fröhliche" Lustspiel „Ein toller Einfall", das in der hiesigen Modernen Lichtbühne am Wochenende gezeigt wird, als eins der vergnüglichsten seiner Art. Willy Fritsch, der unverwüstliche Herzensbrecher, der schnodderschnäuzige Max Adalbert, der ebenso humorvolle wie warmherzige Jacob Tiedke, der urkomische Wilhelm Bendow, der originelle Paul Hörbiger, der lustige Harry Halm, die groteske Rose Barsony, die immer schallende Heiterkeit bringende Adele Sandrock — alle haben das kostbare Gut ihres herrlichen Humors in diesen Film gezaubert, und die liebreizende Ellen Schwannecke, Dorothea Wieck und 10 Miller-Girls geben dem Herzen, was des Herzens ist.

Zwei Menschen lieben sich mit aller Glut der ersten Leidenschaft — Menschen aus verschiedenen Welten — „sie" die Tochter eines Schaubudenbesetzers, „er" der zukunftsreiche Sohn eines hochgestellten Beamten — doch der Alltag des Lebens

Die neue evangl. Gemeindevertretung

Für die angesetzte Kirchenwahl in unserer evangl. Gemeinde war, wie wir bereits berichteten, nur ein Wahlvorschlag eingereicht worden, so daß keine Wahl stattzufinden brauchte. Da dieser Wahlvorschlag nunmehr seine Anerkennung und Billigung gefunden hat, sind die auf demselben vorgeschlagenen Personen in derselben Reihenfolge wie folgt also gewählt:

1. Karl Thelen, Höhestraße; 2. Richard Heider, Hauptstraße; 3. Hermann Siebel, Hauptstraße; 4. Arnold Arnz, Höhestraße; 5. Hermann Krapp, Mittelstraße; 6. Albert Dünweg sen, Lämgesmühle; 7. Karl Hinrichs, Dohm; 8. Alfred Loosen, Hamberg; 9. Ernst Hamacher, Sträßchen; 10. Ernst Peters, Mittelstraße; 11. Kuno Peters, Hilgen; 12. Stationsvorsteher Weinert, Hilgen; 13. Wilhelm Seidel, Hauptstraße; 14. Heinrich Sieberg jr., Oberlandscheid; 15. Hermann Claas, Mittelstraße; 16. Hugo Wescher, Kuckenberg; 17. Albert Budde, Viktoriastraße; 18. Richard Kretzen, Höhestraße; 19. Willi Dünweg, Kuckenberg; 20. Karl Budde, Höhestraße; 21. Hugo Bacher, Bahnhofstraße; 22. Frau Wwe. Kehrer, Dünweg; 23. Hermann Schmitz, Viktoriastraße; 24. Frau Roevenstruck, Altenbergerstraße; 25. Willi Peiseler, Viktoriastraße; 26. Frau Levy sen., Luisenstraße; 27. August Luchtenberg, Hauptstraße; 28. Frau Sixt, Hauptstraße; 29. Otto Peters, Viktoriastraße; 30. Willi Goetze, Pfarrstraße; 31. Rudolf Jägersberg, Hauptstraße; 32. Fritz Osbringhaus, Höhestraße; 33. Max Lückgen, Viktoriastraße; 34. Erich Wagner, Sträßchen; 35. Edmund Busch, Blasberg; 36. Otto Adams, Dohm; 37. Hugo Hausmann, Wietsche; 38 Karl Wirtz sen., Neuenhaus; 39. Dr. Ernst Koll, Dierath; 40. Frau Wwe. Kotthaus, Hahnscheiderhof; 41. Ludwig Hübel sen., Oberlandscheid; 42. Bürgermeister Rohde, Rathaus; 43. Willi Wohlfahrt, Hauptstraße; 44. Wilhelm Hübel sen., Dünweg; 45. Otto Bohl, Lamerbusch; 46. Leo Berger, Schneppendahl; 47. Frau Kuhnert, Kamberg; 48. Hermann Koch, Rötzinghofen; 49. Fritz Mücher, Höhestraße; 50. Frau Forst, Höhestraße; 51. Frau Voß, Rötzinghofen; 52. Otto Göddertz, Berringhausen.

Ersatzleute: 1. Fritz Osenberg, Viktoriastraße; 2. Heinrich Ketels, Kaltenherberg; 3. Heinrich Langeneckhard, Maxhahn; 4. Otto Blasberg, Hilgen; 5. Hugo Steffens, Benninghausen; 6. Wwe. Ernst Jäger, Hilgen; 7. Dr. U. Grießbach, Bergstraße; 8. Eugen Steffens, Benninghausen; 9. Heinrich Remhaus, Höhestraße; 10. Otto Söhnchen, Hauptstraße.

Aus dem „Bergischen Volksboten" (Burscheider Zeitung) im Jahre 1872

Burscheid vor 60 Jahren

Vom 27. November 1872. Aus Berlin wird gemeldet: In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fand zunächst die 1. Berathung der allgemeinen Rechnung über den Staatshaushaltsetat von 1868 und 69 statt. Nach der Einzelbesprechung wurden die Vorlagen an eine besondere Rechnungscommission von 7 Mitgliedern überwiesen. — Das Abgeordnetenhaus beendigte in seiner gestrigen Sitzung die Specialberathung der Kreisordnung. Die einzelnen Paragraphen wurden fast durchweg ohne Debatte genehmigt. — Laut dem Berliner „Militair-Wochenblatt" sind im Elsaß über 12,000 Pensionäre, meist frühere Offiziere und Soldaten, zurückgeblieben, von welchen man annahm, sie würden optiren und auswandern. Die deutsche Regierung zahlt ihnen die Pensionen voll, einschließlich der von Napoleon III. gezahlten Zulagen, welche die französische republicanische Regierung in Abzug bringt, und darum wohl sind sie fast alle geblieben.

Bourscheid, 24. November. Am verflossenen Freitag versammelte sich eine Anzahl Bürger des Ortes Bourscheid zu einer Besprechung über die Kosten der Straßenbeleuchtung. Zunächst wurde ausgeführt, daß allgemein die Rede davon sei, die Beitreibung der sogenannten Gassteuer solle im nächsten Monat im Wege der Execution erfolgen. Redner bezweifelte das Recht, dieselbe in ihrer jetzigen Gestalt überhaupt erheben zu dürfen, weshalb bei der zuständigen Behörde die nöthigen Schritte zu thuen seien. — Vorgeschlagen wurde, eine Beschwerde an die Kgl. Regierung zu richten, wogegen jedoch bemerkt wurde, daß die seinerzeit gewählte Straßenbeleuchtungs-Commission zur Berichterstattung veranlaßt werde. Letzterem Vorschlage gegenüber hieß es, die betreffende Commission existire nicht mehr vollständig, überhaupt scheine dieselbe niemals einen nennenswerthen Einfluß besessen zu haben, besonders in Bezug auf Rechnungsablage, da man von einer solchen noch nichts wahrgenommen. Mehr Anklang fand der Vorschlag, die Anfrage an das hiesige Bürgermeisteramt zu richten, auf Grund welchen Beschlusses hin die Bürgerschaft verpflichtet sei für die Kosten der jetzigen Straßenbeleuchtung nach der jetzt aufgestellten Norm aufzukommen habe, resp. um Mittheilung des Wortlautes jenes Beschlusses zu bitten. Dieser Antrag wurde angenommen und ist besagte Anfrage bereits an ihre Adresse befördert.

Im Anzeigenteil befinden sich u. a. folgende Anzeigen: Am Sonntag den 1. Dezember veranstaltet der H. Paffrath'sche Musikverein in meinem Locale Concert und Ball. Nichtmitglieder können durch Mitglieder eingeführt werden. Hierzu ladet freundlichst ein: Wwe. G. Spieker zu Bourscheid. — Von jetzt ab halte ich jeden Dienstag und Freitag mit meiner Fuhre um 10 Uhr Morgens bei Alb. Stein in Bourscheid, um 1/2 11 Uhr bei Chr. Schmidt zu Kaltenherberg, um 11 Uhr bei Alb. Jörgens zu Dünweg, um 1/2 12 bei W. Heider zu Hilgen, um 12 Uhr bei G. Meckbach zu Heide, um 1 Uhr bei K. A. Schmidt zu Witzhelden, um 1/2 2 Uhr bei K. Flocke zu Schneppenpohl und um 2 Uhr bei Th. Blasberg zu Freienhalle. Bestellungen nach Elberfeld können an obigen Plätzen gemacht werden und wird prompte Ausführung zugesichert. Karl Liesendahl zu Kuckenberg. — Ein Tafelklavier, fast neu, 6 3/4 Oct., neuester Construction ist sofort für 90 Thlr. zu verkaufen. Näheres zu erfahren bei Herrn Buchbinder Steffens und in der Expd. ds. Blattes.

Vom 30. November 1872. Aus Berlin wird gemeldet: Von der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause wird die neue Steuervorlage des Ministers Camphausen und überhaupt die Finanzpolitik der preußischen Regierung einer ganz allgemeinen ungünstigen Beurtheilung unterworfen. — Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend das zur Eheschließung erforderliche Lebensalter, lautet: „Das zur Eheschließung erforderliche Lebensalter tritt bei Personen männlichen Geschlechts mit dem vollendeten achtzehnten, bei Personen weiblichen Geschlechtes mit dem vollendeten vierzehnten Lebensjahre ein. Ausnahmen von dieser Vorschrift finden nicht statt. Alle entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben".

Bourscheid. Auf die von einer Anzahl Bürger an das hiesige Bürgermeisteramt gerichtete Bitte um Mittheilung des Beschlusses, auf Grund dessen die Kosten der Straßenbeleuchtung in der jetzigen Weise erhoben werden, ist folgender Bescheid erfolgt: Bourscheid, den 26. November 1872. Br. m. ergebenst zu remittiren. Nach einem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung sollen die Kosten der Straßenbeleuchtung von den Bewohnern des Ortes Bourscheid mit 25 Procent von der Klassen- und Einkommensteuer, jedoch mit Ausschluß der Klassensteuerstufen 1a und 1b, aufgebracht werden, und ist dieser Umlage-Modus von der Königlichen Regierung genehmigt worden. Der Bürgermeister: Pilgram.

Im Anzeigenteil befinden sich u. a. folgende Anzeigen: Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung der Bürgermeisterei Bourscheid vom 23. November 1872. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Pilgram waren anwesend die Herren: Urbahn, Richartz, Thiel, Sträßer, Steffens, Fritz, Schmitz, Göddertz, Artz, Schorr, Casel, Jung, Müller und Zeitschner. Nachdem der Vorsitzende den Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten erstattet hatte, wurde der Gemeinde-Haushalts-Etat pro 1873 festgestellt. Demnach wurde auf Antrag des Vorsitzenden noch beschlossen, daß die Hausnummern auf Kosten der Gemeinde erneuert werden sollen. Bourscheid, den 28. November 1872. Für die Richtigkeit: Der Bürgermeister: Pilgram. — Das von mir persönlich in Antwerpen eingekaufte Speck, Ochsenpökelfleisch, Schmalz und Schweinepökelfleisch nebst einer Parthie Kaffee, Reis und Petroleum ist jetzt eingetroffen und kann solches wegen vorzüglicher Qualität und billigem Preis meinen geehrten Kunden zur gefälligen Abnahme bestens empfehlen. C. W. Adams zu Bourscheid. — Weihnachts-Ausstellung in Galanterie- und Kinderspielwaaren. Dieselbe ist in diesem Jahre mit vielen neuen Sachen vermehrt, weshalb ich mich bestens empfehle. Friedr. Spieker zu Bourscheid. — Neujahrs-Rechnungen! Diejenigen, welche Rechnungsformulare, auch in geringerer Anzahl gedruckt zu haben wünschen, wollen sich gef. jetzt melden. M. J. Renn.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der KOG vom 24. November

Je 100 Pfund: Julinieren 3,00; Spätkartoffeln 2—2,10; Sommerspinat 2,80—4,30; Feldsalat 11,80—15,80; Wirsing 0,80—1,40; Rotkohl 1,10—1,90; Butterkohl 1,10—2,50; Weißkohl Dauerweißkohl 0,70—1,10; Rosenkohl 8,20—11,30 Grünkohl 0,50—1,00; Zwiebel 5,90—6,60; Rote Möhren 2,30—3,10; Rote Beete 1,00—1,60; Rettich 2,70—4,70 RM. Je 100 Stück: Sellerie 1. Sorte 5,50—13,80 RM; do. 2. Sorte 2,30—5,00; Porree 1. Sorte 1,00—1,50; do. 2. Sorte 0,60—0,90; Blumenkohl 1 .Sorte 13,00—24,20; do. 2. Sorte 7,40—8,70; Kopfsalat 1. Sorte 4,70; Endivien 1. Sorte 3,90—6,00; do. 2. Sorte 1,40—3,70; Kohlrabie blau 1. Sorte 1,00—1,80; Steckrüben 1,00—1,10; Rüben, weiß 0,70—1,00 RM.

Anfuhr sehr stark. Nachfrage schleppend.
Nächste Versteigerung: Montag, 13,30 Uhr.

fordert seine Opfer, und ihre Wege müssen sich trennen. Der packende Film „Flucht vor der Liebe", der durch seine Lebensechtheit ans Herz greift, wird jedem zum Erlebnis werden.

Siehe Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Lichtspielhaus Hilgen

Für den Trio-Film der Terra „Das Kabinett des Dr. Larifari", den das Lichtspielhaus Hilgen am Wochenende aufführt, haben sich die drei Komiker Max Hansen, Paul Morgan und Carl Jöken zusammengetan und eine eigene, die Trio-Filmgesellschaft gegründet. Kaum hat der Tonfilm sich durchgesetzt, als auch schon seine Parodie geschaffen wurde! Max Hansen, Paul Morgan und Carl Jöken sind es, die das Wagnis unternommen haben.

Der Mongole und der amerikanische Millionär und dazwischen eine kleine braune Tänzerin aus Martinique — drei Welten kämpfen miteinander, das ist die Grundtendenz des Films „Der Mongole und die Tänzerin".

Wir verweisen auf die diesbezügliche Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Die Vereinigung der Neuhausbesitzer

die in diesem Frühjahr gegründet wurde und die Interessen ihrer Mitglieder bisher recht wirksam vertreten hat, ladet im Anzeigenteil der morgigen Ausgabe, zu einer Mitgliederversammlung, die am kommenden Sonntag, nachmittags 6 Uhr, im Gasthofe zur Alten Post (Urbahn) stattfindet, ein. In dieser Versammlung wird über die bisherige Arbeit des Vereins eingehend berichtet, ebenso soll eine Aussprache über die zukünftigen Aufgaben erfolgen. Der Verein hat bereits eine stattliche Mitgliederzahl, und es kann nur jedem Neuhausbesitzer, der sich bisher der Organisation noch nicht angeschlossen hat, empfohlen werden, die Versammlung zu besuchen, und sich über Zwecke und Ziele der Vereinigung in seinem eigensten Interesse zu orientieren.

Oeffentlicher Ball in der Schützenburg

Im Anschluß an die Theater-Aufführung des MGV „Cäcilia" in der Schützenburg am kommenden Sonntag findet dortselbst seitens des Herrn Adams ein öffentlicher Ball statt. Die „Cäcilia" führt bekanntlich „Die elf Schill'schen Offiziere" auf.

Verkehrsunfall

In den Mittagsstunden des Mittwochs ereignete sich in der Viktoriastraße ein Verkehrsunfall, bei dem es glücklicherweise nur Sachschaden gab. Als ein Personenauto durch die Viktoriastraße fuhr, wurde es von einem aus einer Ausfahrt kommenden Lieferwagen am hinteren Wagenteil erfaßt, wodurch großer Sachschaden entstand.

Neue Kraftpostverbindung Neuenhaus—Tente—Wermelskirchen

Auf vielseitigen Wunsch ist am kommenden Sonntag ab zum Besuch des in Wermelskirchen um 8,15 Uhr beginnenden katholischen Gottesdienstes und des um 8,30 beginnenden evangelischen Gottesdienstes Sonntags eine Kraftpostverbindung nach folgendem Plan eingerichtet worden:

7,36 ab	Wermelskirchen	Bhf. an	8,15
7,38 ab	Wermelskirchen	Eich ab	8,10
7,42 ab	Tente	ab	8,04
7,48 an	Neuenhaus	ab	8,00

Diese Fahrgelegenheit wird ganz besonders für die Wintermonate mit ihrem ungünstigen Wetter sehr begrüßt. Wie wir hören, ist die Fahrt allerdings nur versuchsweise eingelegt worden. Ihre dauernde Beibehaltung hängt von der Benutzung ab.

Kollekte für die Krüppelfürsorge

Im kommenden Monat Dezember wird im Rhein-Wupper-Kreis die vom Herrn Oberpräsidenten genehmigte und vom Hochwürdigsten Herrn Erzbischof warm empfohlene Kollekte der Josefs-Gesellschaft für Krüppelfürsorge e. V., Köln-Deutz, abgehalten. Die Kollektanten erhalten braune Sammelbücher, die auf der Umschlagseite den Namen der Josefs-Gesellschaft und auf dem ersten Blatt die beglaubigte Sammelgenehmigung tragen sowie einen behördlichen Ausweis, worauf man bitte achten wolle.

Bei der großen Not wagen wir zwar kaum, um ein Scherflein zu bitten. Unerbittlich groß aber wächst sie auch bei uns und 1400 Krüppelpfleglinge warten täglich auf unsere Hilfe. Deshalb dürfen wir wohl hoffen, nicht vergebens anzuklopfen. Die Liebe macht erfinderisch. Gott lohne es!

Erhöhte Unterstützung

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, hat der Reichsarbeitsminister gestern an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Auslegungserlaß gerichtet, durch den sichergestellt wird, daß mit Wirkung vom 28. November ab Arbeitslose der Lohnklassen 7—11 in allen Fällen mindestens die Unterstützung erhalten, die ihnen zustände, wenn sie in der Lohnklasse 6 wären und danach Anspruch auf die Winterzulage hätten.

Erhöhung der Altersgrenze für Schülerkarten auf der Reichsbahn

Die Reichsbahn wird vom 1. Dezember an die Altersgrenze für die Inanspruchnahme von Schülermonats- und Schülerrückfahrkarten, die für Lehrlinge und einzelne andere Gruppen von Benutzern bisher auf 20 Jahre festgesetzt war, auf 22 Jahre ausdehnen.

Das Sonntag-Erdbeben soll wissenschaftlich untersucht werden

Man schreibt: „Das Erdbeben in der Nacht zum 21. November war eines der schwersten, das in den letzten Jahren im westdeutschen Gebiet aufgetreten ist. Es ist von großer praktischer und wissenschaftlicher Bedeutung, über die Wirkung und Ausbreitung des Erdbebens Genaues zu erfahren. Eine Untersuchung hierüber wird vom Meteorologisch-Geophysikalischen Universitäts-Institut in Frankfurt a. M., Feldbergstraße 47, angestellt. Es bittet um Einsendung aller das Erdbeben betreffenden Wahrnehmungen, besonders über die Art der Bewegung und evtl. aufgetretene Beschädigungen an Gebäuden sowie geräuschartige Begleiterscheinungen".

Geordnete finanzielle Lage

Der Vorstand des Opladener Wirtschaftskartells hielt am vergangenen Mittwoch in den Geschäftsräumen eine wichtige Beratung ab. Sämtliche Innungen und Vereine waren vertreten. An Stelle des erkrankten stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Jean Otten leitete Herr Jakob Steinacker die Sitzung. Die gleichzeitig anwesenden Kassenprüfer hatten festgestellt, daß die finanzielle Lage des Wirtschaftskartells nunmehr durch erfolgte Einsparung als durchaus geordnet anzusehen sei. Trotz der geringeren Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen übersteigen die monatlichen Gesamteinnahmen nunmehr die Ausgaben um einen erheblichen Betrag. Der Vorstand war der einmütigen Auffassung, daß alle Innungen in der heutigen Zeit treu zur Stange halten müßten und alles daran setzen müßten, um die Lebensfähigkeit der Organisation zu erhalten.

Unter anderem wurde auf Vorschlag des Geschäftsführers, Herrn Dr. Frehsen beschlossen, daß das Wirtschaftskartell die Steuerbescheinigungen der kleinen Handwerker von 10 RM und aufwärts sammele und diese Bescheinigungen durch Vermittlung der Mittelstandsbank in Börsenkurs fähige Steuergutscheine umtauschen läßt. Hierdurch wird die Möglichkeit geschaffen, daß die Mitglieder des Wirtschaftskartells, die eine Bescheinigung des Finanzamtes über Anspruch auf Steuerrückerstattung in Höhe von 10 RM und aufwärts vorlegen, sofort den Gegenwert dieser Bescheinigung entsprechend dem jeweiligen Börsenkurs ausgezahlt erhalten. Diese Einrichtung ist im Interesse des Handwerks außerordentlich zu begrüßen, da der einzelne Handwerker hierdurch in den sofortigen Genuß der 40prozentigen Steuerrückerstattung kommt.

Weiterhin berichtete Herr Roetzel über seine Tätigkeit als Ausschußmitglied für die Gewährung der Anträge auf Reichszuschüsse für Wohnungsinstandsetzungen.

Mitnahme von Schneeschuhen und Schlitten in Schnellzügen

Die Ständige Tarifkommission der deutschen Eisenbahnverwaltungen hat auf ihrer letzten Tagung im Oktober einige neue Beschlüsse gefaßt, die bindende Kraft erhalten, wenn von den maßgebenden Stellen kein Widerspruch erhoben wird. U. a. wird künftig gestattet, Schneeschuhe und Rodelschlitten auch in die 3. Klasse der Schnellzüge mitzunehmen, wenn die Reisenden nicht belästigt oder die Sitze nicht beschmutzt werden. Bisher war die Mitnahme nur für die 3. Klasse der Eil- und Personenzüge möglich. Die Bediensteten dürfen die Gäste mit solchem Gepäck auf bestimmte Züge, Wagen oder Abteile verweisen.

Zur Schankerlaubnissteuer für gemischte Gewerbebetriebe

Die Preußische Mustersteuerordnung zur Schankerlaubnissteuer sieht vor, daß die Steuer nach Maßgabe des dem erlaubnispflichtigen Betrieb gewidmeten Anlage- und Betriebskapitals und des aus ihm erzielten Jahresertrages zu erheben ist. Dazu weist ein Ministerialerlaß vom 2. September 1932 aus Anlaß von Klagen über unrichtige Steuerberechnungen darauf hin, daß bei gemischten Gewerbebetrieben nur derjenige Teil des Jahresertrages oder Anlage- und Betriebskapitals zu ermitteln ist, der auf das Schankgewerbe oder den Kleinhandel mit Spirituosen allein entfällt.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Neue Wiembachmündung

Opladen, 25. Nov. Der Wiembach, der durch die Bielertteiche fließt und diese oft sehr verschlammt, braucht jetzt nur durch den ersten Teich geleitet zu werden, da man von diesem zur Wupper jetzt einen direkten Abflußgraben durchgebrochen hat. Durch diesen kann der Wiembach direkt in die Wupper, nach Oeffnen der Schleuse an dem neuen Abflußgraben, fließen, falls er bei zuviel Hochwasser Schlamm mit sich führt. Architektonisch ist die Anlage durch diesen Abschluß zweifellos verbessert worden.

Die Unterschlagungen bei den städtischen Betrieben

Leverkusen, 25. Nov. Die vorgestrige Sitzung des Betriebsausschusses beschäftigte sich, zusammen mit dem Aeltestenausschuß, mit den Unterschlagungen bei den städtischen Betrieben, die nach den bisherigen Feststellungen über 4000 Mark betragen. Die Verwaltung gab im einzelnen Bericht. Eine sich anschließende längere Aussprache ergab, daß mit sofortiger Wirkung ein Kontrollausschuß eingesetzt wurde, der auch als ständiger Kontrollausschuß für die städtischen Betriebe weiterhin bestehen bleiben und alle Teile der Betriebsverwaltung kontrollieren wird.

Erfolgreiche Revision

Langenfeld, 25. Nov. Der Möbelfachverband Bergisch-Land hatte Klage gegen den Möbelhändler Caspers in Landwehr erhoben. Es wurde ihm zur Last gelegt, in einer Anzeige sechs Kirschbaumküchen zum Preise von RM 198 angeboten zu haben. Hierin wurde ein Verstoß gegen die Notverordnung und gegen das Gesetz des unlauteren Wettbewerbs erblickt. Der Händler erhielt einen Strafbefehl in Höhe von RM 40, gegen den er Einspruch erhob. Der Amtsrichter in Solingen ermäßigte die Strafe in der Sitzung vom 6. September auf RM 20. Gegen dieses Urteil ließ der Möbelhändler aber Revision einlegen. Nun stand vorgestern die Sache vor dem Strafsenat des Oberlandesgericht in Düsseldorf an. Nach kurzer Beratung fällte der Vorsitzende das Urteil, wonach der Möbelhändler Caspers freigesprochen wird und die Kosten des ganzen Verfahrens der Staatskasse zur Last gelegt werden, weil dem Angeklagten keineswegs ein Vergehen nachgewiesen werden konnte.

Gegen einen unbeleuchteten Lieferwagen gefahren

Langenfeld, 25. Nov. Donnerstagabend gegen 6.20 Uhr fuhr auf der Düsseldorfer Landstraße kurz hinter Langenfeld ein mit drei Personen besetzter Kraftwagen auf einen unbeleuchtet auf der Straße stehenden Lieferwagen auf und schlug durch die Gewalt des Anpralls um. Der Führer des Personenwagens wurde aus seinem Sitz herausgeschleudert, eine Dame erlitt eine Kopfverletzung durch einen Glassplitter. Der Personenwagen wurde schwer beschädigt.

Sechs Monate Gefängnis für einen Messerstecher

Immigrath, 25. Nov. Vor einiger Zeit wurde auf einen bei den Rheinischen Stahlwerken in Immigrath beschäftigten Arbeiter ein Ueberfall verübt, bei dem der Arbeiter einen Messerstich in die Seite erhielt. Dem Zusammenstoß lagen politische Motive zugrunde. Der Täter erhielt für seine rohe Tat sechs Monate Gefängnis.

Große Mengen Gemüse gestohlen

Immigrath, 25. Nov. Einem Landwirt in Immigrath wurden in den letzten Nächten größere Mengen Blumenkohl entwendet. Allein in einer Nacht wurden 80 Stück Blumenkohl fachgemäß herausgeschnitten und mitgenommen. Von den Dieben fehlt bisher noch jede Spur.

Immer wieder Fahrraddiebstähle

Wermelskirchen, 25. Nov. Im Eschbachtal wurde

Czymanski zu Zuchthaus verurteilt

Der Zollbeamte als Waffenkäufer

Der berüchtigte Schmuggler, Händler Szymanski, der sogenannte Schmugglerkönig, hatte sich am Donnerstag mit drei Komplizen vor dem Düsseldorfer Sondergericht wegen Zoll- und Waffenschmuggelvergehens sowie wegen tätlicher Angriffe auf einen Polizeibeamten zu verantworten. Der Verhandlung lag der bekannte Waffenschmuggel von Belgien durch Holland nach Deutschland am verflossenen 27. September zugrunde, bei dem die vier Angeklagten in Büderich bei Düsseldorf, als sie die geschmuggelten 100 Selbstladepistolen und 2500 Schuß Munition dem angeblichen Käufer, in Wirklichkeit aber einer Vertrauensperson der Düsseldorfer Zollfahndungsstelle ausliefern wollten, den Zollbeamten ins Garn gingen und sämtlich festgenommen werden konnten.

Das Sondergericht verurteilte schließlich Szymanski wegen Bandenschmuggels und Verstoßes gegen die Verordnung zur Sicherung der Wirtschaft und des inneren Friedens, sowie wegen Verbrechens gegen die Verordnung gegen politischen Terror zu einem Jahr acht Monaten Zuchthaus, 1146 Mark Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren. Die Mitangeklagten, Kaufmann Ritz und Kaufmann Schankweiler sowie der holländische Staatsangehörige Kamps, erhielten wegen Bandenschmuggels je neun Monate Gefängnis und je 1146 Mark Geldstrafe.

Der Staatsanwalt hatte gegen Szymanski drei Jahre Zuchthaus und gegen die übrigen Angeklagten je ein Jahr Gefängnis und die verhängten Geldstrafen beantragt.

Das Streitobjekt Reichsbahn - Stadt Köln

Frimmersdorf, das rheinisch-niederrheinische Kraftwerk

Durch die in den letzten Tagen in der Tages- und Fachpresse erschienenen Meldungen über den Abschluß eines Stromlieferungsvertrages der Reichsbahn mit den Niederrheinischen Braunkohlenwerken A.G., Frimmersdorf, ist die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf dieses bisher wenig in Erscheinung getretene Kraftwerk im Kreise Neuß / Grevenbroich gerichtet worden. Folgende Einzelheiten über die Bedeutung und die technischen Einrichtungen dieser Braunkohlengrube dürften deshalb im Augenblick von besonderem Interesse sein.

Mitten in einer ländlichen Gegend, in der Nähe der Kreisstadt Grevenbroich, nur zehn km von Gladbach-Rheydt entfernt, erheben sich die modernen riesigen Maschinenhäuser des Kraftwerks Frimmersdorf, das auf einem Braunkohlenfeld errichtet ist und dessen Kohlenvorkommen nach zuverlässigen Schätzungen rund 400 Millionen Tonnen aufweist. Das ist eine Menge, die z. B. die Stadt Köln bei ihrem heutigen Stromverbrauch auf viele Jahrhunderte versorgen ließe. Dieses beträchtliche Kohlenvorkommen gab eine breite Grundlage für den 1920/21 aufgeschlossenen Tagebau und das 1925/26 errichtete Kraftwerk bezw. für eine durchaus auf wirtschaftlicher Basis aufgestellte Stromversorgung großen Stils. Die Stromlieferung begann im Juni 1926 aufgrund eines langfristigen Vertrages mit der Niederrheinischen Licht- und Kraftwerke AG, Rheydt, zunächst mit einer Leistung von 10 000 Kw. Schon 1928/29 waren die Bedingungen zu einer Erweiterung des Kraftwerks um 22 000 Kw gegeben. Durch eine abermalige Vergrößerung der Maschinenleistung 1930/31 erhielt das Kraftwerk Frimmersdorf den heutigen Leistungsumfang von zusammen 38 400 Kw. Hervorzuheben sind die vorgesehene Erweiterungsfähigkeit in der Maschinenhalle um ein etwa 20 000 Kw zu bezifferndes Maschinenaggregat und die bauliche Anordnung der gesamten Anlagen, die einen Ausbau der Erzeugungsstätte um ein Mehrfaches der installierten Gesamtleistung ohne weiteres zulassen. Besondere Schalthäuser und die modernst durchgeführte räumliche Trennung größerer elektrischer Schaltapparate und Transformatoren gewährleisten höchste Betriebssicherheit. Die Ausnutzung des Erftwassers für die Kondensationsanlage erspart dem Werk kostspielige Rückkühlanlagen und ermöglicht die Erzielung außerordentlich günstiger Dampfverbrauchsziffern. In Bezug auf ihren Versorgungsbereich sind die NWW völlig ungebunden.

Ein wesentlicher Vorteil des Kraftwerks ist die leichte Abbaufähigkeit des riesigen Kohlenvorkommens, des augenblicklich größten nutzbaren Braunkohlenfeldes der Rheinlande. Die Frimmersdorfer Kohlenfelder sind auch geologisch sehr interessant. Sie bilden eine gewisse Fortsetzung der Kohlenvorkommen des Vorgebirges, die sich bis an die Erft erstrecken und durch eine große „Verwerfung" von den Frimmersdorfer Feldern geschieden sind. Der Abbau in Frimmersdorf geschieht im Uebertagebetrieb. Es liegen dort zwei, stellenweise drei Flöze untereinander, die später im Stollenbau erschlossen werden können. Die Abraummöglichkeiten sind denkbar günstig. Der Abraum wird augenblicklich noch auf die Halde gefahren, soll aber demnächst in der Grube aufgefüllt werden. Eine kleine Kettenbahn bringt die Braunkohle von der Grube direkt an die Feuerungskessel heran.

ein Fahrrad gefunden, das am Montagnachmittag auf der Kenkhauserstraße gestohlen worden war. Der Eigentümer, ein hiesiger Geschäftsmann, hatte es für wenige Augenblicke vor ein Haus gestellt. Als er wiederkam, war es verschwunden. Der Dieb hatte es aus irgendeinem Umstande im Eschbachtal unweit des Remscheider Strandbades zurücklassen müssen, wo es dann gefunden wurde. Das Rad kam nun wieder in den Besitz des Bestohlenen. Von dem Dieb fehlt noch jede Spur. Im vorliegenden Falle war dem Geschäftsmann binnen kurzer Zeit zum vierten Male ein Fahrrad gestohlen worden. In zwei Fällen kam er wieder in den Besitz des Rades.

Fünfzig Jahre Posaunenchor Wermelskirchen

Wermelskirchen, 25. Nov. Der Posaunenchor des Evang. Männer- und Jünglingsverein begeht am Sonntag sein 50jähriges Bestehen in den Sälen des Vereinshauses. Die vereinigten Männerchöre von Hünger und Wermelskirchen wirken mit. Der ehemalige, jetzt 87jährige Dirigent Brunöhler, wird den Altchor dirigieren.

Straßensperrung

Wermelskirchen, 25. Nov. Die Ortspolizeibehörde hat angeordnet, daß die Kenkhauser Straße beginnend an der Reichsbahnüberführung, endigend am Kinderheim „Stadtwald" Talsperre, für sämtliche Fahrzeuge im Durchgangsverkehr gesperrt ist. Der Zustand der genannten Straße ist nunmehr so, daß sie ohne Gefahr nicht mehr befahren werden kann.

Aus der näheren Umgebung

Köln

Köln. Ungünstiger Wasserstand hemmt den Rheinschiffahrtsverkehr. Im Laufe der vergangenen Woche sank infolge der trockenen Witterung der Wasserstand von 2,37 auf 1,70 Meter, so daß sich die Wasserverhältnisse sehr zu ungunsten der Schiffahrt verändert haben. Der Kahnraum kann nicht mehr voll ausgenutzt werden. Trotzdem haben sich die Verkehrsverhältnisse in den einzelnen Häfen nicht wesentlich geändert. Der Stückgutverkehr ist auf der gleichen Höhe geblieben, während im Massengutumschlag ein leichter Rückgang festzustellen ist. Der Zollhafenverkehr steht im Zeichen des Weihnachtsgeschäfts.

Köln. Liquidation der Bausparkasse Roland A. G., Köln. In der Senatssitzung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung ist beschlossen worden, der Bausparkasse Roland A. G. in Köln den Geschäftsbetrieb zu untersagen. Die Untersagung des Geschäftsbetriebes wirkt wie ein Auflösungsbeschluß. Die Liquidation wird einem vom Reichsaufsichtsamt noch zu bestimmenden Liquidator übertragen.

Köln. Auffindung einer Kindesleiche. Am Nachmittag wurde auf der Deutzer Seite der Hohenzollernbrücke im Gebüsch in einem verschnürten Paket eine Kindesleiche gefunden. Die benachrichtigte Polizei schaffte den Fund zur Lindenburg, wo festgestellt wird, ob das Kind gelebt hat oder ob es sich um eine Totgeburt handelt.

Westdeutsches

Mors. Von einem zu früh stürzenden Baum erschlagen. Am Morgen wurde der 23 Jahre alte Bäckergehilfe Becker aus Mörs beim Ueberqueren des Fahrdammes von einem zu früh stürzenden Baum erschlagen. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der Baum, der umgelegt werden sollte, durch den Sturm zu früh umgelegt wurde, trotzdem alle Vorsichtsmaßnahmen ergriffen waren. Auf die Warnungsrufe versuchte Becker noch zur Seite zu springen, wurde aber von einem starken Ast getroffen, der ihn so schwer verletzte, daß der Tod sofort eintrat.

Hagen. Raubüberfall. Abends gegen 7 Uhr wurde einer Verkäuferin der Firma Brinken in der Adrianstraße von einem Räuber die Tasche mit der Tageseinnahme von 110 RM entrissen. Der Täter konnte auf der Flucht von der Polizei festgenommen werden.

Krefeld. Reichstagsabg. Blum 75 Jahre alt. Der längjährige Führer der Rheinischen Landwirtschaft, Reichstagsabg. Blum, eines der ältesten Mitglieder des jetzigen Reichstages, feierte in bester Gesundheit seinen 75. Geburtstag. Von den Glückwünschen, die ihm zugegangen sind, ist besonders ein Telegramm des Aachener Bischofs hervorzuheben.

2000 RM aus dem Reichsbankkeller „geangelt"

Wie erst jetzt bekannt wird, wurden aus dem Keller der Reichsbank in Hagen in der vergangenen Woche durch raffinierte Diebe 2000 RM gestohlen. Die Diebe hatten den Fensterschutz zerschnitten und dann mit langen Stangen zwei mit Silbergeld gefüllte Beutel aus dem Keller herausgeangelt.

Ein Vater von 9 Kindern getötet

Ein einstürzender Giebel begrub ihn

Der Zimmermeister Drove aus Geich bei Zülpich wurde von einem einstürzenden Giebel verschüttet und so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus starb. Drove war beauftragt worden, einen vom Brande einer Scheune stehengebliebenen Giebel umzulegen. Während er noch mit Vorarbeiten beschäftigt war, stürzte die Mauer um und begrub ihn unter sich. Der Verunglückte hinterläßt neun unversorate Kinder.

Nach Unterschlagung von fünf Millionen spurlos verschwunden



Der Düsseldorfer Bankdirektor Wilhelm Schäfer ist nach Unterschlagung einer beträchtlichen Summe — man spricht von fünf bis acht Millionen Mark — geflüchtet und konnte bisher noch nirgends aufgefunden werden

Zusammenstöße im Fingerhut-Prozeß

Donnerstagmorgen begann vor der Großen Strafkammer des Wuppertaler Landgerichts die Berufungsverhandlung im Fingerhut-Prozeß, die wieder eine große Anzahl von Beteiligten auf den Plan gerufen hat. Fabrikant Fingerhut war bekanntlich im Jahre 1924 nach einer dreitägigen Verhandlung wegen Hehlerei zu $1^1/_2$ Jahren Zuchthaus verurteilt worden. In einem Wiederaufnahmeverfahren zu Beginn dieses Jahres konnte Fingerhut nach einer an dramatischen Zwischenfällen reichen Verhandlung seine Freisprechung erzielen, gegen die die Staatsanwaltschaft jedoch Berufung einlegte.

Den Vorsitz in der Berufungsverhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Springmann. Die Anklage wird von zwei Staatsanwälten, Staatsanwaltschaftsrat Frerichs-Elberfeld und dem Staatsanwaltschaftsrat von der Fuhr-Düsseldorf vertreten, während Fingerhut vier Rechtsanwälte, Meßeroth I-Wuppertal, Rechtsanwalt Müller-Bohwinkel und Rechtsanwalt Dr. Fuchs-Rheinberg und Dr. Gierbeler, der vorläufige Vertreter des Rechtsanwaltes Dr. Freisler-Kassel, der erst in einigen Tagen erscheinen kann, zur Seite stehen.

Gleich zu Beginn der Verhandlung kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Verteidigung und dem Vorsitzenden in der Frage des diesmal nicht geladenen Sachverständigen Herzig. Rechtsanwalt Metzeroth I stellte den Antrag, den Sachverständigen Herzig wieder zu laden. Die Staatsanwaltschaft betonte dagegen, daß Herzig deshalb nicht geladen worden sei, weil er nicht die genügende Sachkenntnis besäße und außerdem subjektiv durch seine persönlichen Beziehungen zu Fingerhut gehemmt sei. Daraufhin zog sich die Verteidigung entrüstet zurück. Ein vom Gericht gestellter Referendar als Offizialverteidiger übernahm dann die Verteidigung des Angeklagten. Einwände Fingerhuts, der neue Anwalt kenne die Materie nicht, wurden vom Vorsitzenden zurückgewiesen. Man begann nun mit der Verlesung des Urteils erster Instanz. Die Anwälte Fingerhuts erschienen inzwischen wieder und stellten den Antrag, den Vorsitzenden aus Besorgnis der Befangenheit abzulehnen. Dieser Antrag wurde, wie auch noch verschiedene andere Anträge der Verteidigung, unter denen sich auch einer auf Vertagung des Prozesses bezog, abgelehnt. Bei weiteren Unterbrechungen, bemerkte der Vorsitzende, werde das Gericht überlegen, ob nicht ein Ausschluß des einen oder anderen Verteidigers erfolgen müsse. Die teilweise äußerst scharfen Auseinandersetzungen zwischen Gericht und Verteidigung dauerten fast den ganzen Vormittag an, und erst kurz vor Eintritt in die Mittagspause konnte in die Vernehmung Fingerhuts eingetreten werden, die nichts Neues erbrachte und den ganzen Nachmittag andauerte.

Dann wurde die Vernehmung auf Freitag vertagt. Die letzten Stunden des gestrigen Tages verliefen ohne Zwischenfall. Der Vorsitzende ließ auch gestern die Sitzung unterbrechen, um Fingerhut eine Erholungspause zu gewähren, und gestattete auch, daß Fingerhut seines Asthmaleidens wegen im Gerichtssaale während der Verhandlung rauchen dürfe.

Das Wetter von heute und morgen

Anfangs trübe und regnerisch, später Temperaturzunahme und Bewölkungsabnahme bei mehr aus Süden drehenden frischen Winden.

Letzte Funkmeldungen

Der Völkerbundsrat wählte Ministerialdirektor Dr. Posse vom Reichswirtschaftsministerium zum Mitglied der Wirtschaftskommission des Völkerbundes.

Der Deutsche Nationalverein veranstaltete eine Kundgebung in den Räumen des Hauses der Deutschen Presse, bei der der Vorsitzende Eberhard Wildermuth die Notwendigkeit einer Zusammenfassung des deutschen Bürgertums entwickelte.

Bei der Einfahrt in den Leipziger Hauptbahnhof stieß gestern Nachmittag der D-Zug 30 auf eine elektrische Lokomotive auf. Die Zuglokomotive entgleiste. 20 Personen wurden leicht verletzt.

Auf dem Dellbrück-Schacht bei Hindenburg (Oberschlesien) ging gestern Abend eine Strecke von 80 Meter Länge zu Bruch. Vier Mann wurden eingeschlossen. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

Einer polnischen Blättermeldung zufolge, soll zwischen Polen und Rußland ein Handelsvertrag abgeschlossen werden.

Der Lufttransportausschuß der Internationalen Handelskammer in Paris ist einstimmig zur Ablehnung der Pläne auf Internationalisierung der Handelsluftfahrt gekommen.

In der französischen Kammer wurde die Aussprache über den Luftfahrtskandal in den heutigen frühen Morgenstunden abgeschlossen. In einer Entschließung, die mit 485 gegen 18 Stimmen angenommen wurde, und in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, wird daraufhingewiesen, daß gegen die Schuldigen mit aller Energie vorgegangen werden müsse.

Pertinax berichtet im „Daily Telegraf", die französische Regierung habe sich mit der Erörterung der Gleichberechtigungsfrage in der nächsten Woche einverstanden erklärt unter der Voraussetzung, daß sie zusammen mit den anderen Fragen behandelt werde, denen die Abrüstungskonferenz gegenüberstehe.

Durch Umfrage in Pariser parlamentarischen Kreisen über den Eindruck der ablehnenden Haltung Amerikas in der Schuldenfrage wurde als allgemeiner Eindruck tiefgehende Enttäuschung festgestellt.

Herriot erklärte einem Pariser Blatte über die ablehnende amerikanische Antwort in der Schuldenfrage, daß die gesamte internationale Politik dadurch in eine äußerst schwierige Lage gerate.

Hoovers Entschluß, auf der Zahlung der Kriegsschuldenrate zu bestehen, findet in der französischen Presse beachtliche Kommentare.

Die Botschafter Englands und Frankreichs teilten Staatssekretär Stimson mit, daß ihre Regierungen die Dezemberrate der Kriegsschulden bezahlen müssen. Auch Italien wird seine Zahlungen leisten.

Heute wird der englische Kabinettsausschuß zusammentreten, um die amerikanische Note zu prüfen.

Wie in englischen Parlamentskreisen geäußert wird, steht der Vertrag von Lausanne auf dem Spiel, wenn keine befriedigende Lösung der Schuldenfrage gefunden werde.

Ein amoklaufender Filipino erstach in Seattle (Washington) sechs Personen und verletzte mehr als zwölf.

Hitler noch in Berlin

Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, bleibt vorläufig in Berlin. Der Zeitpunkt seiner Abreise nach München ist noch nicht festgesetzt.

Aufruf Hitlers im Westdeutschen Beobachter

Der „Westdeutsche Beobachter" veröffentlicht einen Aufruf Adolf Hitlers, in dem er nach einer längeren Kritik am Kabinett Papen erklärt, man habe ihn nach Berlin gerufen, um an der Behebung einer Regierungkrise mitzuwirken und habe dabei doch nur das Kabinett Papen retten und ihm, Hitler, einen zweiten 13. August bereiten wollen. Obwohl der ihm übertragene Auftrag durch die daran geknüpften Bedingungen von vornherein unmöglich gemacht worden sei, habe er sich angesichts der Not des Volkes entschlossen, ein Angebot zu machen, das zugleich für die inneren Absichten aller hätte klärend sein können. Das Angebot sei abgelehnt worden. Er glaube, daß schon damit der Wille der Ratgeber des Reichspräsidenten erfüllt scheine. Was er am Abend des Wahltages schon erklärt habe, wiederhole er hiermit: „Dieses System muß in Deutschland niedergebrochen werden, wenn nicht die deutsche Nation an ihm zerbricht!" Der Aufruf schließt mit der Erklärung, daß der Kampf weiter geführt werde mit der Zuversicht, daß die NSDAP Sieger bleibe.

Aufdeckung einer Falschmünzerfabrik in Warschau

Die Warschauer Polizei hat gestern eine regelrechte Falschmünzerfabrik aufgehoben, die bereits seit geraumer Zeit ganz Warschau mit falschen 1-, 2-, 5- und 10-Zlotystücken überschwemmte. Ein Juwelier verkaufte die Falschstücke an zahlreiche Kolporteure mit 30 Prozent Disagio. Von 170 festgenommenen Personen wurden 90 in Haft behalten.

Ballspielverein 1911 Burscheid

Die 1. und 2. Mannschaft müssen am kommenden Sonntag in Goldenberg zu den fälligen Meisterschaftsspielen antreten. In der vorjährigen Serie mußten beide Mannschaften auf dem fremden Gelände Niederlagen einstecken.

Wir glauben kaum, daß es am Sonntag — an dem Maßstab der bisherigen Leistungen gemessen — anders auslaufen wird.

Abfahrt der 2. Mannschaft um 11,30 Uhr vormittags ab Ohmann, die 1. Mannschaft fährt um 1 Uhr mittags, ebenfalls ab Ohmann.

Turngemeinde Burscheid eV

Die 1. Mannschaft fährt am kommenden Sonntag nach Lennep und tritt dort in einem Freundschaftsspiel gegen die 1. Mannschaft der Turngemeinde Lennep an. Lennep ist heute eine der führenden Mannschaften in der Gauklasse und dürfte sich wohl bis zu den Endscheidungsspielen um die Gaumeisterschaft durchsetzen. Die Hauptstärke des Gastgebers ist der ungeheuer flinke Sturm, mit dem die Läuferreihe und Verteidigung der Hiesigen viel Arbeit haben werden. Im Sturm der Grünweißen fehlt immer noch der Mittelstürmer, der für den nötigen Schwung beim Angriff sorgte. Wir wollen jedoch hoffen, daß sich der Sturm auch in seiner jetzigen Besetzung stark genug zeigt, um am Sonntag einige Tore zu werfen.

Das Spiel beginnt 1,30 Uhr. Abfahrt ab Vereinslokal pünktlich 12,30 Uhr.

Die Schülermannschaft fährt bereits am morgigen Samstag nach Remscheid und spielt dort gegen eine Schülermannschaft vom RTV 61. Hoffentlich zeigen sich unsere Kleinen von der besten Seite.

Die Abfahrtszeit wird im Kästchen noch bekannt gegeben.

Turngemeinde Hilgen

Die Turngemeinde Hilgen unternimmt am kommenden Sonntag mit zwei Mannschaften die Reise nach Remscheid-Goldenberg, um dort die fälligen Meisterschaftsrückspiele auszutragen. Die Jugendmannschaft tritt um 2 Uhr gegen die gleiche Elf des Goldenberger Turnvereins an. Im ersten Spiel in Hilgen blieben die Hiesigen knapp Sieger. Da nun die Hilgener gezwungen sind, mit Ersatz anzutreten, müssen sie doppelten Eifer an den Tag legen, wenn der Sieg wiederholt werden soll.

Die 1. Mannschaft hat gegen den Gaumeister auch eine harte Nuß zu knacken. Allerdings vermochten die Grünweißen im Hinspiel einen, wenn auch etwas glücklichen Sieg zu landen. Goldenberg steht mit Hilgen mit gleicher Punktzahl an zweiter Stelle der Tabelle und kann evtl. dieses Treffen Klärung in die Tabellenführung bringen. Die Hilgener Grünweißen müssen den Kampf unter Einsatz ihres ganzen Könnens und mit aller Energie aufnehmen und vor allen Dingen nicht vor dem Namen des Gegners zurückschrecken. Das Spiel beginnt um 3 Uhr in Goldenberg. Die Abfahrt beider Mannschaften erfolgt per Omnibus um 12,30 Uhr ab Hirschfelder. Da sich nun noch Schlachtenbummler an der Fahrt beteiligen wollen, aber der Omnibus bereits schon besetzt ist, wäre es gut, wenn sich noch eine Anzahl für die Fahrt interessieren wollten, damit ein zweiter Wagen bestellt werden kann. Anmeldungen müssen bis heute Abend an Karl Haas abgegeben sein. Der zweite Wagen könnte dann um 13,30 Uhr abfahren.

DT-Handball

Bergischer Gau

Nach der vorsonntäglichen Ruhepause geht es am kommenden Sonntag im bergischen Turnerhandball wieder recht lebhaft zu. Besonders in der Gauklasse dürften die verschiedenen Treffen in den Spitzenpositionen weitere Entscheidungen bringen.

Meisterschaftsspiele

Gauklasse, Gruppe 1

Dabringhausen 1. — Herbeck 1.
RTV 61 1. — Bliedinghausen 1.

Gauklasse, Gruppe 2

RTV 61 1b — Volksjugend 1.
Goldenberg 1. — Hilgen 1.

Zwei starke Kampfmannschaften treffen hier aufeinander, die sich einen ebenso schnellen wie harten Kampf liefern werden. Die Goldenberger werden bestimmt alle Kräfte aufbieten müssen, um weiterhin ihre Spitzenstellung zu behalten. Das Treffen dürfte zweifellos das spannendste des Sonntags sein. Beginn 15 Uhr.

Jahn 1. — Hasten 1.

Bezirksklasse, Gruppe 1

Burg 1. — Wermelskirchen 1.

Bezirksklasse, Gruppe 2.

Hasten 1b — Jahn 1b

Jugendklasse

Goldenberg 1a — Hilgen 1a
Reinshagen 1a — RTV 61 2a

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Beilage „Landmanns Sonntagsblatt"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Hans Helbings spätes Glück

Roman von J. Schneider-Foerstl

Urheberrechtschutz durch Verlag Oskar Meister-Werdau

22

„Ja, bitte Elisabeth!" Dafür streiche ich dir jetzt das dickste Butterbrot, selbst wenn Rolf zankt und während er seine armen Patienten quält, machen wir beide einen Spaziergang in den Wald. Auf der Bank in der Lichtung halten wir Rast und ich lese dir aus Hamlet vor!"

Karsten war vollkommen beruhigt. Der Freund hielt Wort. Es war alles, wie immer!"

Am Nachmittag fuhren sie zu dreien nach der Ludwigstaler Glashütte. Elisabeth hatte den Betrieb noch nicht gesehen und der Direktor des Hüttenwerkes hatte sich erboten, ihr alles zu zeigen und zu erklären.

Helbing kam nicht mit. Karsten begriff. Er fürchtete das Erinnern.

„Ich gehe zu Fuß über die Wiesen nach Hause," sagte er, dann bin ich ungefähr gegen fünf Uhr in Wylten."

„Ja! So gegen sechs sind wir auch dort. Ich habe mich nämlich mit Petersen bei Pfarrer Schmitt zusammenbestellt wegen des Kirchenbaues. Ich bin Gemeinderat geworden," fügte er hinzu, „und hoffe, daß du mich in Zukunft dementsprechend respektvoll behandelst."

„Ich werde es nicht daran fehlen lassen," lachte Helbing, küßte Elisabeth die Hand und ging rasch nach den Wiesen, über die ein schmalgetretener Fußweg nach St. Wylten führte. Die hohen Gräser streiften seine Füße. Er pflückte eine Sternblume, die schönste, die er fand, und begann während des Weiterschreitens auszuzählen.

„Mit Schmerzen," hieß das letzte Blättchen.

„Das stimmt," dachte er. „Arme, kleine Lona!"

Ein Rufen schreckte ihn aus seinem Träumen.

Hinter ihm kam der Chauffeur gelaufen und schwenkte etwas Weißes in der Hand. Es war ein Telegramm, das für ihn im Doktorhaus eingetroffen war. Lene hatte es durch einen Boten sofort nach Ludwigsthal nachgeschickt und Karsten den Chauffeur beauftragt, ihn einzuholen.

Es war von Billmann. Helbings Anwesenheit in der Fabrik war für den Augenblick dringend notwendig geworden.

Er zog seine Uhr. Den Schnellzug noch zu erreichen, war unmöglich. Er mußte den Personenzug, der abends gegen elf in Degenbach ankam, benützen. Er beschleunigte den Schritt. Als er am Doktorhause ankam, bog Karstens Wagen in die Einfahrt.

„Was ist los?" rief ihm der Doktor zu.

„Ich werde im Geschäft dringend benötigt, Rolf."

Elisabeth schossen die Tränen in die Augen.

„Bleib noch bis morgen, Hans!"

„Ich bliebe so gerne, aber es geht nicht, Elisabeth!"

„Also gut, du sollst heute noch in Degenbach landen, du Dickkopf," schalt Karsten. „Aber erst wird zu abend gegessen, ganz gemütlich, das bitte ich mir aus. Dann fahre ich dich hinüber."

„Um keinen Preis!"

„Du hast nichts zu sagen. Basta. Elisabeth, sei so lieb und gib uns zu essen."

Helbing mochte dawider reden, was er wollte, Karsten hörte es nicht.

„Es hat ganz den Anschein, als ob du dich mir nicht anvertrauen wolltest," sagte er. „Ich bin ein ganz sicherer Fahrer, das weißt du doch!"

Nun schwieg Helbing und machte keinerlei Einwände mehr.

Elisabeth hing sich an seinen Arm und bat rührend: „Nimm mich mit, Rolf!"

„Wo denkst du hin," sagte er erschrocken. „Es ist zu kühl für dich bei Nacht und ich kann auch nicht sagen, wann ich zurückkomme. Es kann sein, daß ich sogar erst morgen früh zur Sprechstunde zurück bin."

Helbing ging noch für einen Sprung ins Pfarrhaus, sich zu verabschieden. Die junge Frau aber schlang die Arme um den Gatten.

„Rolf, wenn dir etwas zustößt, so allein bei Nacht auf dem Rückweg, werde ich sterben daran!"

Er küßte sie leidenschaftlich.

„Deswegen wolltest du mit, mein Lieb?"

Sie nickte, daß er ihre feuchten Augen nicht sehen sollte, hatte sie ihr Gesicht gegen seinen Hals gedrückt.

„Bin ich so großer Liebe wert?" dachte Karsten und preßte sie fest an sich.

Kurz vor acht Uhr fuhr Karsten mit Helbing ab.

Einige Minuten nach elf Uhr hörte Elisabeth bereits sein Hupensignal wieder durch die Nachtstille klingen.

Ein eisiger Schrecken lähmte ihr die Glieder. Er mußte eine rasende Fahrt hinter sich haben. Sie stand im Garten, als er durchs Tor kam, das der Chauffeur geöffnet hatte.

„Sieh mal, kleine Frau, nun hast du mich wieder," lachte er.

„Der Wagen läuft tadellos."

Sie fand kein Wort der Begrüßung, aber als er den Arm um sie legte, um mit ihr ins Haus zu gehen, fühlte er, wie ihr Körper zitterte.

„Mache keine solche Fahrt mehr, Rolf," bat sie. Er hörte, wie ihre Stimme schwankte.

„Nein, Liebste! Nie wieder!"

Von Petersen sich zu verabschieden, war Helbing nicht mehr möglich gewesen.

So schrieb er ein paar Zeilen der Entschuldigung. Lona weinte des Nachts ein stilles, lautloses Weinen in ihre Kissen.

Vielleicht hätte er doch kommen können, nur für ein paar kurze Minuten. Aber er hatte jedenfalls ein Zusammentreffen mit ihr vermeiden wollen. Warum hatte er damals, als er sein Leben für das ihre einsetzte, so voll Todesangst ihren Namen gerufen? Nur weil er für einen Augenblick die Schmach vergessen hatte, die sie ihm angetan. Und dann, als die Erregung vorüber war, stand die Vergangenheit wieder vor ihm und machte sein Herz hart und verschloß ihm die Lippen. Hätte er sie doch ertrinken lassen! Es wäre barmherziger gewesen. Und nun mußte sie leben und ihre Last weiterschleppen und niemand löschte die Vergangenheit aus. Sie erhob immer wieder ihr Haupt, und wenn sie ihr Leben gab, die Schuld blieb.

Im Spätherbst brachte Helbing den Rest seines Urlaubes im Doktorhause zu. Petersen war schon Wochen vorher mit seiner Tochter nach Bad Brückenau gegangen. Lonas blasse Wangen hatte ihm Sorge gemacht.

Karsten war über Land gefahren und Helbing saß mit Elisabeth auf der Bank in der Lichtung.

Sensationelles Angebot für unsere Leserschaft

In ernster Zeit ein lustig' Buch

Durch günstigen Einkauf sind wir in der Lage, z. T von uns gebrachte Zeitungsromane unserer Leserschaft zu sensationell billigen Preisen anzubieten. Der frühere Preis betrug geb. 4 kart. 3 RM

Zumpe macht Karriere
Die lustige Geschichte eines Pechvogels — geb. 1.80 kart. 1.35

Zumpe in Amerika
Der herzerquickende Zeitgenosse Zumpe fährt nach Amerika und erobert dort die Box-Weltmeisterschaft — geb. 1.50 kart. 1.15

Kampf um Rosenburg
Ein ergreifender, spannender Oberschlesien-Roman — geb. 1.80 kart. 1.35

Jack Molander
Roman aus dem Film- und Wirtschaftsleben Amerikas — geb. 1.50 kart. 1.15

Der rote Galizier
Kriminalistischer Roman mit unvergeßlichem Humor — geb. 1.20 kart. 0.90

Bestellungen nehmen Zeitungsboten und Verlag entgegen

Sichern Sie sich schon heute dies billigste Weihnachtsgeschenk

Ein prachtvoller Oktobertag lag über dem Tal. Von den abgeheuten Wiesen klangen die Glocken der dort weidenden Herden, greifbar nahe in fast unnatürliches Schieferblau getaucht, standen die Vorberge. Das eintönig dumpfe Summen der Dreschmaschinen kam von den Höhen. Alles war abgeerntet, nur Stoppeln noch zeigten die Felder. Von den Buchen blätterte das Laub und spielte wahllos in Moos und Farn.

„Hans!" sagte Elisabeth. Es klang eine rauhe, dumpfe Angst aus ihrer Stimme.

„Was ist dir?" fragte er besorgt.

„Glaubst du, daß es ein Vorahnen gibt? Ich fürchte mich!"

Mit scheuen Augen sah sie sich um.

„Nein, Elisabeth! Sieh, das macht der Herbst und das Sterben ringsum. Dies Allerseelen der Natur färbt auf uns ab. — Komm, wir wollen gehen. Ich bin ein schlechter Gesellschafter, sonst würdest du nicht auf trübe Gedanken kommen."

Ihr Arm lag schwer in dem seinen, als er sie den Hohlweg hinabführte. Sie fühlte sich müde und zerschlagen, wie noch nie, eine ganz unerklärliche Unruhe trieb sie trotzdem vorwärts. Am Eingang ins Dorf kam ihnen Karsten entgegen. Wortlos — in den Augen ein verräterisches Flimmern — reichte er ihr den Arm. Dann traf sein Blick Helbing. Fragend sah ihn dieser an.

„Es ist jemand gestorben, der uns sehr nahe gestanden hat, aber du sollst nicht erschrecken, Elisabeth," sagte er und zog ihren Arm fester in den seinen.

„Vater?" frug sie mühsam.

„Nein! — Petersen — Gehirnschlag," setzte er hinzu.

Helbings Gesicht war farblos. Er biß die Zähne aufeinander. Für den Moment war es ihm unmöglich, seine Gedanken zu ordnen. Zu dem Schmerz um den Toten gesellte sich die Sorge um sie — um Lona. Wie würde sie das Schreckliche ertragen? Sie hatte niemand, in dessen Arm sie sich flüchten, an dessen Brust sie sich ausweinen konnte, keine Stätte, wo sie Zuflucht fand. Sie war Vollwaise geworden, bettelarm, trotz all' ihres Besitzes. Und er? Narr der Liebe und des Lebens, der er war, er durfte ihr nichts sein, gar nichts, hatte keinerlei Recht, ihr Schutz und Halt zu bieten. Karsten sah ihn mitleidig an, als sähe er dem Freunde bis in das Innerste.

„Ich will Lona Petersen heimholen," sagte er. „Man kann sie nicht allein sich selbst überlassen, sie wird sich in all' ihrer Not nicht ein, noch aus finden."

„Ich danke dir, Rolf, daß du — daß du mir das tun willst!"

„Armer Kerl!" dachte Karsten. So tief trifft es ihn.

Gegen Abend des andern Tages klangen die Glocken vom Spitzturm der Dorfkirche in den Frieden, der das Tal umfangen hielt.

Der Fabrikherr von St. Wylten kehrte heim. Ein Kraftwagen kam in gemessenem Tempo den Waldrand entlang gefahren, ein zweiter folgte in geringem Abstand. Er trug die sterbliche Hülle des Kommerzienrates. Eine unübersehbare, schweigende Menschenmenge säumte die Straße, die zur Kirche führte. Die Arbeiter der Fabrik, das Gesinde des Gutshofes, warteten des Mannes, der ihnen ein gütiger Brotgeber gewesen war. Seine Hand und sein Herz, alles hatte ihnen zu jeder Zeit offen gestanden. Karsten entstieg als erster dem Wagen. Liebevoll reichte er Lona die Hand

Beachten Sie an dieser Stelle:

Millionen auf der Landstraße

und achtete, daß ihr Fuß das Trittbrett nicht verfehlte. Der dichte schwarze Schleier ließ keine Partie ihres Gesichtes erkennen. Elisabeth küßte sie in überströmendem Mitleid. Für einen Augenblick wankte Lona. Karsten bot ihr rasch den Arm. Helbing trat auf sie zu. Er umschloß mit stummem Druck ihre Rechte. Ein Wort über die Lippen zu bringen, vermochte er nicht.

Pfarrer Schmitt stand im vollen Ornat am Eingang zu dem kleinen Gottesacker, dem toten Freunde die letzte Ehre, den letzten Liebesdienst zu erweisen, ihn noch einmal, ein allerletztes Mal dies kurze Stückchen Weges zu begleiten, das sie so oft zusammen gegangen waren.

Lona hörte nicht mehr, sie fühlte nur, daß ein Arm sie stützte. Als der schwere Eichensarg auf den Boden des Familiengrabes stieß, hob sie abwehrend die Hand, und als die ersten Schaufeln frischer Erde aufklangen, die man dem toten Gutsherrn als letztes Grüßen hinabschickte, bat sie flehend:

„O nicht! — Nicht so viel Erde auf ihn werfen!"

Mir bricht das Herz entzwei, dachte Helbing, der dicht hinter ihr stand.

Und dann war alles vorüber. In der Villa stand Behrens, die Augen dunkel gerötet. Lona sah ihn an, starr, als müsse sie sich besinnen, wer er sei.

„Das gnädige Fräulein sollten ein wenig ruhen," bat er und konnte die Tränen nicht mehr zurückhalten.

Alle konnten sie weinen, nur sie nicht mehr. Ihre Augen waren wie ausgebrannt und um ihr Herz spannte sich der Griff eines Würgers, der immer fester seine Finger um sie krallte. Nur weinen können — weinen — aber ihre Augen brannten heiß und trocken, die Hand im Schoß, saß sie stundenlang wortlos, ohne sich zu regen.

Es dunkelte früh. Auf leisen Füßen schlich sie hinaus, über die Wiesen, den Steg. Die Türe zum Gottesacker knarrte leise in den Angeln. Ein Hügel von Kränzen wölbte sich an der Rechtswand der Kirche. Mit beiden Armen umschloß sie ihn und drückte ihr Gesicht hinein.

„Vater, ich bin's! — O, Vater, nur ein einziges Mal noch rufe mich: Mein Kleining!"

Rief er sie? —

Nein! Es blieb alles still. Nur der Herbstwind glitt raschelnd durch dürre Blätter und koste um die Blumen der Kränze.

Lona grub ihre Finger in die lockere Erde. Wie oft hatte sie gelächelt, wenn der Tote gefragt hatte: „Kind, wo bleibst du so lange? Ich habe mich gesorgt." — Nun würde niemand mehr fragen: „Wo gehst du hin? — Wann kommst du heim?" Ob sie lebte oder starb, ob sie litt oder Freude trug, keinen focht sie an.

„Vater!"

Ein wehes, heiseres Schluchzen schüttelte ihren Körper.

Eine Hand legte sich auf ihr Blondhaar.

„Arm's Kind'l! Tust dich ausweinen gelt. — Weiß schon, wie's schmerzen tut, wenn man eins drunten liegen hat, so hart auf lauter kalter Erd'n. Die Arm möcht' man ihm unterbreiten, daß es weicher schlafen kann und ich kann ihm doch nichts Lieb's mehr tun!"

Ihr Weinen wurde zu einem wilden Krampf. Liebevoll versuchte er sie aufzurichten.

„Tu dich nicht so abhärmen, Lona," bat er. Schau', du wirst krank und dem Toten tust die Ruh nehmen. Du darfst mir's glauben, er möchte nimmer zurück, gewiß nimmer. Aber dein Weinen, siehst, das tut ihm den Frieden stör'n!"

Sie wurde ruhiger. Taumelnd erhob sie sich. „Mich hat Gott verlassen!" rang es sich aus ihrem Munde.

„O Kind'l, tu's nicht sagen das und nicht denken. So viel nah ist er dir noch nie gewesen. Zehnfach schenkt er wieder, was er nimmt. Ich bring' dich heim jetzt! Oder willst lieber im Pfarrhof schlafen? Kein Mensch tut was sag'n."

„Behrens sorgt sich, wenn ich fortbleibe!" sagte sie müde.

„Der Herr Kooperator geht noch hinüber heut', der sagt's ihm dann."

Sie nickte. Sie war Schmitt so dankbar, für sein Anerbieten. Allein zu sein heute Nacht mit all' dem Erinnern und Vaters leerer Stuhl, wenn sie heimkam, sie hätte es nicht ertragen und lieber auf einer Bank im Park geschlafen.

Drüben im Doktorhause aber saß Helbing, den Kopf auf beide Hände gestützt und das Gesicht darin vergraben.

„Hans!" sagte Karsten bittend: „So kann es doch nicht weiter gehen. Ihr geht ja zugrunde daran, alle beide, du und sie."

„Ja, Rolf, zugrunde!"

Der Doktor war ratlos. „Geh du zu ihm!" bat er seine Frau. „Meine Weisheit ist erschöpft."

Elisabeth sah ihn aus großen, traurigen Augen an.

„Liebster, in solch' einer Stunde verhallt jedes Wort, jede Sitte. Laß ihn allein. Ein Mensch, wie Hans kann keinen neben sich brauchen, wenn seine Seele blutet!"

Er nickte stumm.

Nach einer Weile kam Helbing ins Eßzimmer. Ruhig und gefaßt, nur mit einem kaum merklichen Zucken um den Mund.

„Wenn er doch sprechen wollte," dachte Elisabeth. Aber er sprach nicht. Nur sein Blick traf sie einmal, so todwund, so zerrissen, von innerer Qual, daß es sie Mühe kostete, nicht laut aufzuweinen.

Nach zwei Tagen reiste er ab.

Bei seinem Abschied im Pfarrhof, hatte er Schmitt noch einen Blick in sein Leid tun lassen.

„Bei Ihnen wird sie Zuflucht suchen, Herr Pfarrer!" sagte er. „Ihnen wird sie sich anvertrauen, wenn sie die Last des Lebens nicht mehr ertragen zu können glaubt. Lassen Sie mich es wissen, wenn sie einer Stütze, einer Hilfe bedarf, ich komme zu jeder Stunde, sei es Tag oder Nacht."

Schmitt wischte sich eine Träne aus den Augen